

HESSEN-NORD
SPD

BEZIRKSPARTEITAG
HESSEN-NORD



#MEHR
FORTSCHRITT
WAGEN

PROTOKOLL
BESCHLÜSSE

25. JUNI 2022
STADTALLENDORF,
STADTHALLE

TOP 0 Eröffnung

Der SPD-Bezirksvorsitzende Timon Gremmels eröffnet den SPD-Bezirksparteitag um 9.41 Uhr. Er begrüßt die Delegierten, die Presse und Gäste.

Namentlich hebt er den neu gewählten Landrat von Marburg-Biedenkopf, Jens Womelsdorf, den neugewählten Bürgermeister von Neu-Eichenberg, Marcus Stolle, Sören Bartol, den parlamentarischen Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen und SPD-Unterbezirksvorsitzenden von Marburg-Biedenkopf, Dr. Edgar Franke, den parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister, Dr. Daniela Sommer, die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion Hessen, Kaweh Mansoori, den südhessischen SPD-Bezirksvorsitzenden und stellvertretend für die Arbeitsgemeinschaften in der SPD, die Juso-Landesvorsitzende Sophie Frühwald hervor.

Er wendet sich in seiner weiteren Begrüßung u.a. gegen die Privatisierung des Uniklinikums Gießen-Marburg und fordert dessen Rückführung in öffentliches Eigentum und plädiert für eine sozial gerechte Energiewende mit u.a. deutlich schnelleren Genehmigungszeiten für Windräder in Hessen.

Top 0 Grußworte

Es werden Grußworte von Christian Somogyi, dem Bürgermeister von Stadtallendorf, Sören Bartol, MdB und Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, dem neu gewählten Landrat von Marburg-Biedenkopf, Jens Womelsdorf und dem südhessischen SPD-Bezirksvorsitzenden Kaweh Mansoori, MdB gehalten.

TOP 1 Konstituierung

Der stellvertretende Bezirksvorsitzende Dr. Thomas Spies ruft den Parteitag zum Gedenken an die im Berichtszeitraum verstorbenen Mitglieder auf.

Stellvertretend werden aus den Unterbezirken genannt:

Kassel-Stadt	Wolf Diethart Breidenbach Stephan Freiger Willi Rudolph
Kassel-Land	Roland Lorenz Erwin Pelz Kurt Gerlach Willi Heitmann
Werra-Meißner	Karl Schäfer Jörg Hartebrodt Helmut Range Helmut Faßhauer Peter Ostermann
Schwalm-Eder	Erhart Appell Volker Nitzborn Ursula Koch Angela Kaiser
Waldeck-Frankenberg	Heinrich Löwer Gudrun Limperg Wilhelm Daume
Marburg-Biedenkopf	Kirsten Fründt Thomas Noetzel Klaus Hesse Klaus Weisenfeld

Fulda	Ursula Föge Günther Möslein
Hersfeld-Rotenburg	Siegfried Gedig Anni Käßmann Werner Schäfer Adolf Nelk

Ein besonderes Gedenken gilt der in diesem Jahr an einem Krebsleiden verstorbenen Landrätin von Marburg-Biedenkopf, Kirsten Fründt. Thomas Spies erinnert sich an sie als Ausbund an Fröhlichkeit, Herzlichkeit und an Jemandem der von einem tiefen Wunsch nach Gerechtigkeit getragen wurde. Sie war ein lieber Mensch und hatte das Herz am rechten Fleck. Sie stand für eine Sozialdemokratie ein, die sich ihres Auftrags für die Menschen bewusst ist.

TOP 1: Konstituierung

Martina Werner stellt die ordnungsgemäße Einberufung des Bezirksparteitages durch BV-Beschluss vom 1. Oktober 2021, die Schreiben vom 28. Februar 2022 an die Unterbezirke und Arbeitsgemeinschaften mit Hinweis auf die Fristen sowie den Versand der Delegiertenunterlagen am 9. Juni 2022 (Satzungsfrist 15. Juni 2022) fest.

Mit beratender Stimme nehmen am Bezirksparteitag teil:

Die Mitglieder des Bezirksausschusses,
die Revisoren sowie
die Mitglieder von Bundestag und Landtag.

Die Frist für die Einreichung von Initiativanträgen und Wahlvorschlägen wird auf 11.00 Uhr festgesetzt.

1.1. Beschlussfassung über die Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

1.2. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung wird einstimmig beschlossen.

1.3. Wahl des Präsidiums

Timo Storch	Kassel-Land
Adriana Reitz	Schwalm-Eder
Dr. Thomas Spies	Marburg-Biedenkopf
Andreas Dietz	Kassel-Stadt
Monika Oertel	Fulda

Das Präsidium wird bei einer Enthaltung einstimmig gewählt.

1.4. Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Kommission 1 (12 Personen)

<u>Kommission 1 (12 Personen)</u>			
Lucas Fischer	MRB-BID	Tim Bräutigam	KS-Ld.
Selin Hasselbach	MRB-BID	Clara Dilcher	KS-Ld.
Kerstin Ebert	MRB-BID	Jasmin Glar	WA-FKB
Kai Uve Hanisch	Schw-Ed.	Maximilian Busch	Wer-Mei
Ulrich Brandenstein	Sch-Ed.	Malte Martach	HEF-ROF
Tobias Wanert	FD	Janina Funke	HEF-ROF

Die Mandatsprüfungs- und Zählkommission wird gewählt.

1.5. Bestätigung der Antragskommission

Esther Kalveram	BzV
Torsten Warnecke	BzV / HEF-ROF
Vera Krause	KS-St.
Christian Strube	KS-Ld.
Konstantinos Panou	Wer-Mei
Sebastian Vogt	Schw-Ed.
Latif Hamamiyeh Al-Homssi	WA-FKB
Liban Farah	MR-BID
Bernhard Lindner	FD

Die Antragskommission wird bestätigt.

1.6. Besondere Nachricht

Dr. Thomas Spies gratuliert stellvertretend für den Bezirksparteitag Timon Gremmels zur kürzlich erfolgten Heirat.

Top 1.6.1. Weitere Grußworte

Bettina Böttcher, Betriebsrätin des Uniklinikums Gießen-Marburg hält ein weiteres Grußwort. Sie schildert die negativen Außenwirkungen der Privatisierung der Unikliniken, insbesondere den Personalmangel bei gleichzeitigen Rekordgewinnen der privaten Krankenhausbetreiber. Sie fordert die Rücküberführung der Unikliniken in die öffentliche Hand.

TOP 2 „Gemeinwohl schützen, Fortschritt wagen!“

Kevin Kühnert, MdB und Generalsekretär der SPD

Der Generalsekretär der SPD, Kevin Kühnert, MdB, spricht in seiner Rede die kürzlich erfolgte Abschaffung des Paragraphen 219 a durch den Deutschen Bundestag an, die er als politischen Erfolg der SPD bezeichnet. Diese Politik in Deutschland steht im starken Kontrast zur repressiven Politik der USA in der Abtreibungsfrage, so Kühnert..

Die SPD steht für Gerechtigkeit in materiellen und kulturellen Fragen und macht keinen Unterschied zwischen Identitätspolitik und materiellen Verteilungsfragen führt Kühnert weiter aus.

Er wendet sich gegen die konservative Sparpolitik zu Lasten sozialer Verteilungspolitik. Die SPD wird sich darum kümmern, dass es sozial gerecht zugeht und die kleinen Leute entlastet werden und nicht die Reichen, so Kühnert.

Die SPD unter Olaf Scholz plädiert für eine konzertierte Aktion bei der es uns darum geht, die Beschäftigten über Gewerkschaften zu beteiligen und die Arbeitgeberseite in die Pflicht zu nehmen, bessere Löhne zu bezahlen und für mehr Tarifbindung zu sorgen.

Er beklagt die Politik des Wohnungskonzerns Vonovia, die Mieten wegen der Inflation erhöhen zu wollen, obwohl mind. 80 Prozent der Mieteinnahmen der Vonovia überhaupt nicht von der Inflation betroffen sind. Das verstößt gegen das Mietrecht erklärt Kühnert.

Er sagt zu, dass die SPD sich u.a. für die Verlängerung der Mietpreisbremse einsetzen wird, den Betrachtungszeitraum von Mietspiegeln ausweiten und die Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen von 15 auf 11 Prozent in angespannten Wohnungsmärkten senken will. Es wird ebenfalls eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit geben, die unbefristet gelten wird.

Je gemeinwohlorientierter der Wohnungsmarkt organisiert ist, desto sozialer und besser ist es für die Mieterinnen und Mieter, erklärt Kühnert. Er nennt dabei Wien als positives Beispiel, in dem 2/3 des Wohnungsmarktes gemeinnützig sind.

Er setzt sich dafür ein, dass die Gemeinwohlgüter in Deutschland auch wieder in öffentlicher und gemeinwohlorientierter Hand sind.

Er spricht sich für den durchgehend gebührenfreien Zugang zu Bildungseinrichtungen aus. Vom Kindergarten bis zur Uni und er fordert eine Anschlussregelung zum 9 Euro Ticket.

Kühnert kündigt eine harte Auseinandersetzung mit der FDP um die zukünftige Steuer- und Abgabepolitik der Bundesregierung an. „Es kann nicht sein, dass den Menschen die Abgaben erhöht werden, z.B. die Renten- und Krankenversicherungsbeiträge, aber wir nicht über eine Übergewinnsteuer sprechen. In einer Koalition muss jeder über einen Schatten springen, auch die FDP“, so Kühnert abschließend.

An der auf die Rede von Kevin Kühnert folgenden Aussprache beteiligen sich:

Johanna Kindler (Kassel Stadt), Sophie Frühwald (Marburg-Biedenkopf), Thevagar Mohanadhasan (Kassel-Stadt), Ulrich Meßmer (Kassel-Land), Dr. Edgar Franke (Schwalm-Eder), Dieter Starke (Waldeck-Frankenberg), Konstantinos Panou (Werra-Meißner), Armin Becker (Marburg-Biedenkopf) und Stefan Sander (Kassel-Stadt).

Kevin Kühnert antwortet den Diskutanten.

TOP 3. Berichte

3.1. Rechenschaftsbericht und Bericht der Revisoren

Der SPD-Bezirksvorsitzende Timon Gremmels hält den Rechenschaftsbericht des SPD-Bezirksvorstandes mündlich (vor der Rede von Kevin Kühnert).

Der Bericht des Bezirksschatzmeisters Dr. Edgar Franke liegt dem Bezirksparteitag schriftlich vor. Für die Revisoren spricht Jürgen Noll (nach der Rede von Kevin Kühnert). Die Prüfung der Belege erfolgte am 15.06.2022. Alle Belege waren ordnungsgemäß. Es gibt nichts zu beanstanden. Die Revisoren beantragen die Entlastung des Bezirksvorstandes und des Bezirkskassierers.

3.2. Mandatsprüfungskommission

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission hat folgendes Ergebnis:

Unterbezirk	eingeladene Delegierte	fehlende Delegierte	Anwesende Delegierte	davon Frauen	in %
Kassel-Stadt	17	6	11	4	36,4%
Kassel-Land	47	15	32	15	46,9 %
Werra-Meißner	20	11	9	3	33,3 %
Schwalm-Eder	43	9	34	8	23,5 %
Waldeck-Frankenberg	17	9	8	4	50,0 %
Marburg-Biedenkopf	26	1	25	11	44,0 %
Fulda	10	0	10	2	20,0 %
Hersfeld-Rotenburg	20	12	8	1	12,5 %
Bezirksvorstand	19	3	16	9	56,2 %

Von 219 eingeladenen Delegierten fehlen 66.

Es sind 153 Delegierte anwesend, davon 57 Frauen (37,25 %) und 96 Männer. Somit ist der Bezirksparteitag beschlussfähig.

3.3. Aussprache

An der Aussprache zu den Berichten beteiligt sich niemand.

3.4. Entlastung des Bezirksvorstands

Die Entlastung wird vom Bezirksparteitag einstimmig erteilt.

4. Wahl der 6 Delegierten zum Parteikonvent

1. Wahlgang

Abgegebene Stimmen: 135 Stimmen
Gültige Stimmen: 133 Stimmen
Ungültige Stimmen: 2 Stimmen

Gewählte Delegierte

1. Silke Engler (Kassel-Land)	62 Stimmen
1. Sophie Frühwald (Marburg-Biedenkopf)	62 Stimmen
3. Johanna Kindler (Kassel-Stadt)	58 Stimmen
4. Dr. Edgar Franke (Schwalm-Eder)	55 Stimmen
5. René Petzold (Hersfeld-Rotenburg)	52 Stimmen

Nicht gewählt:

6. Martina Werner (Kassel-Land)*	51 Stimmen
7. Timon Gremmels (Kassel-Land)	44 Stimmen
8. Norbert Schüren (Marburg-Biedenkopf)	41 Stimmen
9. Monika Vaupel (Schwalm-Eder)	40 Stimmen
10. Andreas Schaake (Waldeck-Frankenberg)	29 Stimmen
10. Florian Schneider (Kassel-Land)	29 Stimmen
12. Thomas Giese (Hersfeld-Rotenburg)	18 Stimmen
13. Corinna Stückrath (Werra-Meißner)	14 Stimmen
14. Dr. Hendrik Sommer (Waldeck-Frankenberg)	13 Stimmen
15. Dr. Ron-Hendrik Hechelmann (Kassel-Stadt)	8 Stimmen
15. Cord Wilke (Waldeck-Frankenberg)	8 Stimmen
17. Thomas Bobke (Fulda)	7 Stimmen
17. Uwe Heinemann (Werra-Meißner)	7 Stimmen
19. David Ulbrich (Fulda)	6 Stimmen

***Auf Grund der Geschlechterquote nicht gewählt.**

Zweiter Wahlgang erforderlich nach § 8.2. der Wahlordnung der SPD in der Fassung vom 11.12.2021. In diesem weiteren Wahlgang sind nur noch die Kandidaten des unterrepräsentierten männlichen Geschlechts wählbar. Es wird der sechste und letzte Delegiertenplatz ermittelt.

2. Wahlgang

Abgegebene Stimmen: 131 Stimmen
Gültige Stimmen: 129 Stimmen
Ungültige Stimmen: 2 Stimmen

1. Norbert Schüren (Marburg-Biedenkopf)	29 Stimmen
2. Timon Gremmels (Kassel-Land)	25 Stimmen
3. Andreas Schaake (Waldeck-Frankenberg)	22 Stimmen
4. Florian Schneider (Kassel-Land)	19 Stimmen
5. Thomas Giese (Hersfeld-Rotenburg)	11 Stimmen
6. Uwe Heinemann (Werra-Meißner)	5 Stimmen
6. Dr. Hendrik Sommer (Waldeck-Frankenberg)	5 Stimmen
8. Dr. Ron-Hendrik Hechelmann (Kassel-Stadt)	4 Stimmen
8. Cord Wilke (Waldeck-Frankenberg)	4 Stimmen
10. David Ulbrich (Fulda)	3 Stimmen
11. Thomas Bobke (Fulda)	2 Stimmen

Damit sind als Delegierte gewählt:

Silke Engler, Sophie Frühwald, Johanna Kindler, Dr. Edgar Franke, René Petzold und Norbert Schüren.

Ersatzdelegierte sind in folgender Reihenfolge:

Martina Werner, Timon Gremmels, Monika Vaupel, Andreas Schaake, Florian Schneider, Thomas Giese, Corinna Stückrath, Dr. Hendrik Sommer, Dr. Ron-Hendrik Hechelmann, Cord Wilke, Thomas Bobke, Uwe Heinemann, David Ulbrich.

5. Antragsberatung

Es wird bekannt gegeben, dass Grundlage der Beratungen, die Empfehlungen der Antragskommission sind.

Die Antragsberatungen haben folgende Ergebnisse:

Empfehlungen der Antragskommission

Kap.	Nr.		Empfehlungen
LA	1	Gesundheitsversorgung in Land und Stadt sichern und stärken	Zeile 54 einfügen: „Grundlage für die örtliche Krankenhausversorgung ist der Sicherstellungsauftrag, der in der Hand der Kommunen liegt. Zur gerade von den betroffenen Patientinnen und Patienten geforderten optimalen Behandlung gehört auch die Erkenntnis, dass nicht alle medizinischen Eingriffe dezentral vorgenommen werden können; Stichworte: „Qualitätssicherung, Mindestmengen“. Schließlich muss sich das Krankenhauswesen der Tatsache stellen, dass die Patientinnen und Patienten zwar die politische Forderung nach dezentraler Versorgung stellen, individuell jedoch der mindestens vermeintlichen bestmöglichen Behandlung den Vorzug geben.“ Annahme empfohlen
LA	2	Ausbau des ÖPNV im ländlichen Raum	Zeile 27 Ergänzung nach Wort Bundesländer: „und in andere Verkehrsverbünde.“ Zeile 39 Ergänzung: - Eine angebotsangemessene Tarifstruktur, die mit der

			<p>angestrebten Verbesserung des Angebotes und der Infrastruktur im ÖPNV verbunden ist bis hin dann zur Prüfung der Möglichkeit eines kostenlosen ÖPNV entsprechend den bis dahin gemachten Erfahrungen in schon laufenden Modellprojekten.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Eine größere Beteiligung des Landes an der Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs aus originären Landesmitteln, die die hier aufgelisteten Ziele ermöglichen. <p>Streichung Zeile 43-45 ab Satz: „Um die öffentliche Hand nicht zu überfordern und...“</p> <p>Annahme empfohlen</p>
LA	3	Einführung einer Übergewinnsteuer	Annahme empfohlen
LA	4	Erhalt des Medienkompetenzzentrums Offener Kanal Kassel	Annahme empfohlen

R	1	Zäsur im demokratischen Miteinander in Hessen	Annahme empfohlen
R	2	Resolution: Jetzt erst recht – Für Frieden und Demokratie in Europa	<p>Grundsätzlich Streichung „Wir fordern, alles zu tun, um:“ ersetzen durch „Wir fordern:</p> <p>Zeile 8 und 9 Streichung von „militärischem Gerät“ und ersetzen durch „schweren Waffen“</p> <p>Zeile 45 Streichung „- auch im Energiesektor.“</p> <p>Zeile 57 Streichung „die“</p> <p>Zeile 66 ersetze „4“ durch „7,7“</p> <p>Zeile 67 ersetze „über 2“ durch „2,6“</p> <p>Zeile 68 ergänze nach „Polen“ um „und rund 770.000 in Deutschland.“</p> <p>Zeile 90 Ergänzung nach FLINTA „(Frauen, Lesben, intersexuelle, nicht-binäre, trans und agender Personen)“</p> <p>Zeile 154 und 155 Streichung</p>

			<p>Zeile 154 und 155 neu: „Wir begrüßen, dass Nordstream 2 kein Bestandteil der Diversifizierungsstrategie mehr ist. Der Stopp der Pipeline und die Nichtinbetriebnahme ist ein wichtiges Zeichen.“</p> <p>Zeile 197 Streichung von „Öl und Gas“ und ersetzen durch „fossile Energieträger“</p> <p>Zeile 198 Streichung von „die und“ und ersetzen durch „Industrie und“</p> <p>Zeile 199 Streichung „der Bevölkerung“</p> <p>Zeile 200 Streichung „Allein wirtschaftliche Überlegungen dürfen nicht zu einer Ablehnung eines Embargos führen.“</p> <p>Zeile 203-206 Streichung von Satz „Diese sind nur vermeintlich eine Lösung, da sowohl Kohle...“</p> <p>Zeile 215-217 Streichung Satz „Als Jusos verstehen wir uns...“</p> <p>Zeile 246-247 Streichung Satz von „Wir verstehen uns als antimilitärischer Verband...“</p> <p>Zeile 247 Streichung von „Ihnen“ und ersetzen von „Den demokratischen Staaten dieser Welt...“</p> <p>Zeile 254-255 Streichung Satz „Das Instrument eines Sondervermögens lehnen wir gleichzeitig ab.“ Zeile 285 – 293 Streichung</p> <p>Annahme empfohlen</p>
--	--	--	---

BA	1	Flexible religiöse Feiertage	Zurück Überweisung an Antragssteller mit der Bitte um Präzisierung
----	---	------------------------------	--

IR	1	Mietenexplosion eindämmen – endlich wirksame Instrumente der Wohnungs- und Bodenpolitik schaffen	Empfehlung Überweisung an BV mit der Bitte eines Berichts der BT-Fraktion.
IR	2	Landesöffnungszeitengesetz anpassen	Antrag vom Antragssteller zurückgezogen

IR	3	Datengerechtigkeit nicht für Unternehmen sondern für die Menschen	Überweisung an SPD-Bezirksvorstand
IR	4	Kampf gegen Rechtsextremismus verstärken	Antragssteller zieht Antrag mit der Bitte um die Einholung eines Berichts der BT-Fraktion über den aktuellen Stand zurück. Bezirk holt Berichtsstand ein.
IR	5	Mehr Fairness für ausländische Studierende	Erledigt durch IR 7
IR	6	Synagogen als Orte des Erinnerns – erhalten, schützen, stärken	Zeile 4 neuer zweiter Satz „Dies soll stärker finanziell gefördert werden.“ Verschiebung Zeile 5 – 6 in die Begründung Annahme empfohlen
IR	7	Mehr Fairness für ausländische Studierende	Zeile 6 Streichung „dass“ durch „das“ Annahme empfohlen

SG	1	Bundeseinheitlicher SMS-Notruf	Annahme empfohlen
SG	2	Durchführung einer bundesweiten Aufklärungskampagne zu Unterleibsschmerzen und Endometriose	Annahme empfohlen
SG	3	Neue Unterhaltsberechnung bei Jugendlichen mit Dazuverdienst	Streichung Zeile 1-4 und ersetzen durch „Wir fordern, dass ein Nebenverdienst von Jugendlichen, die sich in der schulischen Ausbildung befinden, nicht mehr bei Dritten (z.B. Kindesunterhalt) angerechnet wird.“ Annahme empfohlen
SG	4	Recht auf geschlechtsspezifische Pflege	Quellen streichen Zeile 10 streiche „11“ und ersetze durch „XI“ Annahme empfohlen
SG	5	Regelungen zur künstlichen Befruchtung ins 21. Jahrhundert holen	Annahme empfohlen
SG	6	Schrittweise Anhebung des Rentenniveaus auf 53%	Erledigt durch Beschlusslage ordentlicher Bezirksparteitag 2021 Antrag „SGR 2 in der geänderten Fassung“
SG	7	Abschaffung der Beitragsbemessungs- und Pflichtgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und Pflegeversicherung (GPV)	Annahme empfohlen

SG	8	Lesbarkeit der Beipackzettel von Medikamenten	Zeile 3 streiche „allgemeinverständlichen“ und ersetze durch „leichte“ Zeile 3 streiche „Durchschnittspatienten“ und setze „Patientinnen und Patienten“
SG	9	Ausbau digitaler Unterstützungsstrukturen für Ältere	Annahme empfohlen
SG	10	Sicherstellung und deckende Finanzierung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum	Erledigt durch LA 01
SG	11	Einführung von „Aktiver regionaler Gesundheitsplanung“	Erledigt durch LA 01

AuE	1	Keine WM zum Preis von Menschenleben: Fußball-WM in Katar boykotieren	Zeile 1 – 5 und ersetze durch „Wir als SPD-Bezirk Hessen-Nord lehnen die WM in Katar ab und werden dieser keine Aufmerksamkeit schenken!“ Annahme empfohlen
-----	---	---	--

EU	1	Vermeidung von Leerflügen	Annahme empfohlen
----	---	---------------------------	-------------------

FE	1	Sonderstatus für sog. Ortskräfte bei Auslandseinsätzen	Fassung der APK mehrheitlich abgelehnt. Stattdessen wurde bei 4 Nein und 10 Enth. der Originalantrag beschlossen.
FE	2	Für eine humane Seenotrettung von Seiten des Staates	Streichung Adressat SPD-Landesparteitag, da auf dem Landesparteitag beschlossen. Zeilen 23-25 streichen: „Die SPD muss ... Berufsschiffahrt genügen müssen.“ Annahme empfohlen
FE	3	Aufstockung der Entwicklungshilfe analog der des Verteidigungsetats	Erledigt durch Zeitablauf

K	1	Adäquate Betreuung von Seniorinnen und Senioren durch die hessischen Kommunen	Annahme empfohlen
K	2	Stärkung der Integrationsarbeit im ländlichen Raum	Annahme empfohlen

K	3	Hesse ist, wer Hesse sein will – Neuer Schwung für das Kommunale Wahlrecht für Alle	Annahme empfohlen
---	---	---	-------------------

St	1	Ergänzung der Maßstäbe der KfZ-Steuer	Antragssteller zieht Antrag mit der Bitte um die Einholung eines Berichts der BT-Fraktion über den aktuellen Stand zurück. Bezirk holt Berichtsstand ein.
St	2	Erbschaftsteuer auf Betriebsvermögen	Antragssteller zieht Antrag zurück. Erledigt durch Beschlusslage (Zukunftsprogramm)

JBK	1	Psychologieunterricht in allgemeinbildenden Schulen	Ablehnung empfohlen
JBK	2	Digital begleitete Lehre – Für eine inklusive Hochschule	Streichung Adressat SPD-Landesparteitag, da dort bereits beschlossen. Annahme empfohlen
JBK	3	Promovieren ermöglichen	Antragssteller zieht den Antrag zurück mit der Bitte um Einholung eines Berichts der BT-Fraktion über den aktuellen Stand.
JBK	4	Bezahlbare Nachhilfe für alle	Zeile 2 ergänzen nach Kostenübernahme "seitens des Bundes" Annahme empfohlen
JBK	5	Digital Streetwork in Hessen – Sozialarbeit, wo sie benötigt wird	Zeile 22 „Dennoch muss sichergestellt werden, dass die aufsuchende Sozialarbeit gewährleistet werden muss“. Annahme empfohlen
JBK	6	Doppelspitze in Schulen	Zeile 1 ergänze nach „soll“ „gemäß des Hessischen Schulgesetzes ermöglicht werden.“ und streiche „möglich sein“ Annahme empfohlen
JBK	7	Kein Geschichtsunterricht ohne die erste und zweite deutsche Frauenbewegung	Annahme empfohlen
JBK	8	Angebote der beruflichen Bildung stärken!	Neue Tischvorlage, Antrag falsch versendet Neue Tischvorlage einstimmig beschlossen.
JBK	9	Einrichtung von Diversitätsbeauftragten an	Zeile 8 streiche „für Rassismus“ ersetze durch „zur Rassismusforschung“

		Hochschulen und für staatliche Schulen	Annahme empfohlen
JBK	10	Rassismus an der Wurzel bekämpfen - Kolonialismus & Anti-Rassismus in Lehrplänen verankern	Annahme empfohlen
JBK	11	Vielfalt gestalten, Schulen stärken! - Interkulturelle Stärkung unserer Schulen	Zeile 11 streiche „dass“ und ersetze durch „das“ Annahme empfohlen
JBK	12	Programm „Zukunftsfähige Berufsschule“	Annahme empfohlen

V	1	Tempolimit auf A 49 für mehr Lärmschutz	Zurücküberweisung an Antragssteller
V	2	KFZ-Temporegelungen in der Bundesrepublik Deutschland	Antragssteller zieht Antrag zurück. Erledigt durch Beschlusslage (Zukunftsprogramm)

O	1	Arbeitsgemeinschaften in der SPD	Antragssteller zieht Antrag zurück. Erledigt durch „Richtlinie Tätigkeiten für Arbeitsgemeinschaften in der SPD“
O	2	Genoss*innen effektiver vor rechten Einschüchterungsversuchen schützen	Zeile 18 streiche „bei der SPD“ und setze „beim SPD-Parteivorstand“ Annahme empfohlen
O	3	Kein Mitgliedsbeitrag für Minderjährige ohne eigenes Einkommen	Mehrheitlich beschlossen gegen Empfehlung der APK auf Ablehnung
I	01	Femizide endlich benennen und wirksam bekämpfen	Der Antrag lag als Tischvorlage vor. Der Antrag wurde beschlossen.
I	02	UKGM zurück in die öffentliche Hand-Solidarität mit den Beschäftigten und Patient:innen am Universitätsklinikum Gießen-Marburg	Der Antrag lag als Tischvorlage vor. Die Tischvorlage wurde einstimmig beschlossen.

Timon Gremmels schließt den Parteitag um 14:42 Uhr. Er dankt den Delegierten für die konstruktive Arbeit und wünscht allen einen guten Nachhauseweg.

Für das Präsidium



Timo Storch



Andreas Dietz

Protokollführung im Parteitag: Dietmar Bürger, Lukas Erne.

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: LA 01

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand Hessen-Nord

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesvorstand

Betr.: Gesundheitsversorgung in Land und Stadt sichern und stärken

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Medizinische und pflegerische Versorgung im ländlichen Raum sichern.
- 2
- 3 Die gesellschafts- und berufsstrukturellen Veränderungen, der demografische Wandel, die
- 4 steigende Lebenserwartung, medizinische Innovationen und Veränderungen im
- 5 Krankheitsspektrum stellen große Herausforderungen an eine bedarfsgerechte, an die
- 6 Menschen angepasste medizinische, therapeutische und pflegerische sowie flächendeckende
- 7 und wohnortnahe Gesundheitsversorgung in Hessen. Deshalb wird es erforderlich, die
- 8 Gesundheitsversorgung mit angemessenen, wirksamen und wirtschaftlich vertretbaren
- 9 Maßnahmen weiterzuentwickeln und neue Handlungsmöglichkeiten zu identifizieren.
- 10
- 11 Gerade, aber nicht nur, in ländlichen Regionen ist eine nachhaltige gesundheitliche und
- 12 pflegerische Versorgung durch die demografische Entwicklung, Apotheken- und Kliniksterben
- 13 sowie den sich abzeichnenden Ärzte- und Pflegekräftemangel stark gefährdet. Hier werden die
- 14 Entwicklung neuer, vernetzter Versorgungsformen und die Überwindung der zahlreichen
- 15 Schnittstellenprobleme im stark fragmentierten Gesundheitswesen für die Akteure sowohl unter
- 16 ökonomischen als auch unter versorgungsrelevanten Gesichtspunkten immer dringender.
- 17
- 18 Wir brauchen für die Zukunft einen Plan zu Versorgungsstrukturen, die sowohl der
- 19 demografischen Herausforderungen als auch den limitierten Möglichkeiten in den klassischen
- 20 Versorgungssettings und dem Fachkräftemangel in der Pflege Rechnung tragen.
- 21
- 22 Das Thema Gesundheitsversorgung ist und bleibt für uns als SPD eine Herzensangelegenheit.
- 23
- 24 Wir wollen für die Bürgerinnen und Bürger weiterhin eine bestmögliche medizinische
- 25 Versorgung sicherstellen – das ist für uns Auftrag und Verpflichtung zugleich!
- 26
- 27 Dazu brauchen wir gute Krankenhäuser, Gesundheitseinrichtungen, ausreichend Pflegekräfte,
- 28 engagierte Ärztinnen und Ärzte und Krankenhäuser. Wir brauchen diese dezentralen
- 29 Strukturen, um die Versorgung von Menschen im ländlichen Raum, aber auch in
- 30 Ballungsgebieten zu sichern.
- 31
- 32 Die medizinische Versorgung muss insbesondere am Bedarf des Patienten ausgerichtet sein.
- 33
- 34

35 **Erhalt der Krankenhäuser**

36 Die wohnortnahe Versorgung ist eine zentrale Anforderung an unser Gesundheitssystem. Es
37 muss ein flächendeckendes Netz von Krankenhäusern geben, die die Patienten aus ihrem
38 räumlichen Umfeld aufnehmen und eine ausreichende „Grundversorgung“ garantieren. Fälle,
39 die über die Grundversorgung hinausgehen und auch eine fachübergreifende Behandlung
40 erfordern, werden an ein zentrales Schwerpunktkrankenhaus in der Region weitergeleitet. Nur
41 noch Erkrankungen, die der Behandlung in Spezial- oder Uniklinken bedürfen, werden aus der
42 Region abgegeben.

43
44 Zur Sicherung der Krankenhäuser in der Stadt und auf dem Land fordern wir, dass die
45 Investitionskosten bedarfsgerecht originär vom Land übernommen werden. Neben den
46 Investitionskosten muss es auch eine Reform der Fallpauschalen/DRGs geben, so dass eine
47 bedarfs- und leistungsgerechte Ausstattung für die Gesundheitsversorgung geschaffen wird.

48
49 Gesundheit geht vor Gewinn. Gute Gesundheitsversorgung gehört in die Hände der öffentlichen
50 Hand. Wir lehnen weitere Privatisierungen von Krankenhäusern ab. Dazu müssen geeignete
51 Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Kommunen dazu in die Lage versetzen.
52 Kommunen, die ihre Krankenhäuser privatisieren mussten, sollen durch geeignete
53 Förderinstrumente in die Lage versetzt werden, ihre Krankenhäuser zurückzukaufen.

54
55 Grundlage für die örtliche Krankenhausversorgung ist der Sicherstellungsauftrag, der in der
56 Hand der Kommunen liegt. Zur gerade von den betroffenen Patientinnen und Patienten
57 geforderten optimalen Behandlung gehört auch die Erkenntnis, dass nicht alle medizinischen
58 Eingriffe dezentral vorgenommen werden können; Stichworte: „Qualitätssicherung,
59 Mindestmengen“. Schließlich muss sich das Krankenhauswesen der Tatsache stellen, dass die
60 Patientinnen und Patienten zwar die politische Forderung nach dezentraler Versorgung stellen,
61 individuell jedoch der mindestens vermeintlichen bestmöglichen Behandlung den Vorzug
62 geben.“

63
64 Nur durch eine geordnete, detaillierte, an guten Versorgungsstandards auch im ländlichen
65 Raum ausgerichtete Krankenhausplanung kann die Versorgung dauerhaft sichergestellt
66 werden. Wir sehen jeden Tag: der Markt regelt es nicht! Wir fordern daher die Rückkehr zu
67 einer differenzierten, an Qualitätsstandards für gute, bedarfsgerechte, überall erreichbare
68 Versorgung orientierten, Landeskrankenhausplanung.

69
70 **Geriatrische Versorgung**

71 Auch geriatrische Stationen und Stationen zur Weiterpflege sowie zur Kurzzeitpflege müssen
72 bedarfsgerecht eingerichtet werden. Die Nachsorge und Pflege der Patientinnen und Patienten
73 nach OPs muss gesichert werden.

74 Für die Kurzzeitpflege müssen ausreichende Kapazitäten bereitgestellt und vorgehalten
75 werden, denn die Zahl der älteren Menschen, die zu Hause gepflegt werden, erhöht sich
76 ständig. Damit steigt der Bedarf für Kurzzeitpflegeplätze in Notsituationen, aber auch der
77 Verhinderungspflege.

78
79 **Pflegepersonal/Entlastung des Pflegepersonals und pflegende Angehörige**

80 Wir brauchen eine Attraktivitätssteigerung des Pflegeberufes durch bessere
81 Arbeitsbedingungen und Bezahlung. Dabei geht es vor allem um die Reduzierung des
82 bürokratischen Aufwands in der Pflege, so dass der Pflegealltag entlastet wird und endlich mehr
83 Zeit für die Menschen bleibt! Neben den Forderungen nach mehr Zeit für Pflege, geht es um die
84 Einhaltung von Arbeitsrecht, Arbeitsschutz und Arbeitszeit und um eine Bezahlung, von der
85 man leben kann! Deshalb setzt sich die SPD für gute und sichere Arbeitsbedingungen im
86 Pflege-/Gesundheitswesen ein – im Interesse des Personals, der Pflegebedürftigen und ihrer
87 Angehörigen. Die SPD Hessen-Nord fordert die SPD Landtagsfraktion auf, sich weiter für einen
88 definierten Personalschlüssel einzusetzen. Die Patientensicherheit, und das haben mittlerweile
89 etliche Studien bewiesen, korreliert mit der Personalbemessung. Der Gesetzesvorschlag der
90 SPD Landtagsfraktion für eine Vorgabe verbindlicher Personalmindeststandards inkl. der

91 Differenzierung der Mindestpersonalzahlen insbesondere nach Berufsgruppen und
92 Qualifikationen, Erkrankungsschwere der zu versorgenden Patienten und Art der Station ist
93 ausgesprochen gut und sollte erneut forciert werden!

94

95 Personalmindeststandards in der Pflege dienen nicht nur der Sicherung guter
96 Arbeitsbedingungen und sind ein wichtiges Instrument gegen den Pflegepersonalmangel. Vor
97 allem dienen sie der Patientensicherheit, Personalmangel hingegen gefährdet die Versorgung
98 von Patientinnen und Patienten.

99

100 Pflegende Angehörige müssen besser unterstützt werden.

101

102 Rund 225.000 Menschen in Hessen sind auf Pflege angewiesen. 82 Prozent von ihnen leben zu
103 Hause, etwa die Hälfte davon wird ausschließlich von Angehörigen versorgt. Neben einer
104 Ausweitung der Kurzzeit- und Verhinderungspflege, braucht es mehr Angebote für Entlastungs-
105 und Betreuungsangebote, um den Entlastungsbetrag von 125 Euro monatlich ausschöpfen zu
106 können.

107

108 Die Angebote benötigen bedarfsgerechte Kapazitäten – insbesondere auch in ländlichen
109 Strukturen.

110

111 **Landespflegeplan**

112 Um Angebote und Unterstützungsleitungen wahrnehmen zu können, braucht es gute
113 Informationen und Beratung. Pflegestützpunkte beraten gut und haben sich in Hessen etabliert.
114 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, diese dezentral auszubauen
115 sowie Angebote und Beratung für Angehörige zu schaffen, um die Unterstützung, wie z. B.
116 haushaltsnahe Dienstleistungen, Betreuungs- und Entlastungsleistungen, zu bieten, die sie zur
117 Bewerkstelligung der Herausforderungen im Alltag und zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege
118 benötigen. Ein Landespflegeplan kann hier Daten und Prognosen zur Versorgung sowie zu
119 Versorgungsformen sowie die Ist-Situation beschreiben. Auf dieser Grundlage soll eine
120 bedarfsgerechte Infrastruktur sowie gute Informationen zu wohnortnahen
121 Versorgungsangeboten sichergestellt werden.

122

123 **Allgemeine ärztliche Versorgung**

124 Nur jeder zweite Hausarzt findet derzeit einen Nachfolger für seine Praxis. Um den Status quo
125 zu halten, müssten mindestens doppelt so viele Fachärzte für Allgemeinmedizin ausgebildet
126 werden. Hier sind die medizinischen Fachbereiche gefordert, die Ausbildung von
127 Allgemeinmedizinern zu forcieren. Wir setzen uns für die Schaffung weiterer
128 Medizinstudienplätze ein und wir wollen mehr Praxisanteile und eine verbesserte Verknüpfung
129 von Theorie und Praxis – gerade auch in Landarztpraxen – damit eine Tätigkeit dort
130 kennengelernt und attraktiver werden kann.

131

132 Wir wollen die Entscheidung für eine ärztliche Niederlassung/Praxisgründung im ländlichen
133 Raum bzw. in unterversorgten oder von Unterversorgung bedrohten Planungsbereichen durch
134 geeignete Förderinstrumente erleichtern. Die Möglichkeit der Kooperation und Flexibilisierung,
135 die Anstellung von Vertragsärztinnen und -ärzten oder von Ärztinnen und Ärzten in einem
136 Medizinischen Versorgungszentrum (MVZ), in dem haus- und fachärztliche Versorgung
137 angesiedelt werden kann, spielt dabei eine wichtige Rolle.

138

139 Wir fordern, die SPD Landtagsfraktion auf, sich weiterhin für die Förderung von
140 Niederlassungen im ländlichen Raum einzusetzen.

141

142 Um insbesondere eine patientenorientierte, sektorenübergreifende Versorgung zu sichern, ist
143 den Kommunen die Möglichkeit eigenen Handelns zu eröffnen. Dazu fordern wir, dass
144 Kommunen gleichberechtigt und mit geringem rechtlichen und organisatorischen Aufwand
145 eigene MVZ einrichten können. Für kommunale patientenorientierte Versorgung sind
146 Sonderbudgets der Krankenkassen einzurichten.

147
148 Insbesondere soll auch das Potenzial von „Gemeindeschwestern plus“ od. Schwester AgnES,
149 Versorgungsassistentinnen der Hausarztpraxis (VERAH) sowie von entlastenden
150 Versorgungsassistentinnen (EVA) besser nutzbar gemacht werden und dem Bedarfen des
151 ländlichen Raumes angepasst werden.
152
153 Als SPD Hessen-Nord wollen wir uns gemeinsam mit der SPD-Landtagsfraktion dafür
154 einsetzen, dass das Vergütungssystem für Ärztinnen und Ärzte neugestaltet wird. Die
155 Budgetierung von Leistungen muss überdacht und verändert werden.
156 Die derzeitige zwei-Klassen-Medizin lehnen wir ab und fordern endlich ein einheitliches, am
157 Patientenbedarf und nicht am Versicherungsstatus orientiertes Vergütungssystem. Dabei soll
158 das Gesamthonorarvolumen erhalten bleiben.
159 **Versorgung mit Hebammenleistungen**
160 Ein ganz besonderes Anliegen ist es uns, eine flächendeckende Hebammenversorgung zu
161 gewährleisten. Nicht nur in Ballungsgebieten wie in Frankfurt fehlt es an Nachsorge-
162 Hebammen, der Hebammenmangel schreitet auch im ländlichen Raum voran. Hebammen sind
163 Müttern und Kindern nicht nur während der Geburt eine verlässliche Stütze, sondern stellen vor
164 allem in der Vor- und Nachsorge eine der wichtigsten Ansprechpersonen dar. Sie leisten somit
165 einen gesellschaftlich unverzichtbaren Beitrag. Wir werden nicht zulassen, dass junge Familien
166 nach der Geburt auf sich allein gestellt sind. Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, sich
167 erneut für die Erstellung eines Hebammenregisters, für die Entwicklung eines Konzepts zur
168 Beseitigung von Unterversorgung, für die Einführung einer geeigneten Versorgungsplanung
169 einzusetzen, um die flächendeckende Versorgung mit Hebammen und Familienhebammen
170 sicherzustellen.
171
172 Auch sollen die Geburtskliniken und Geburtshäuser für Familien gut erreichbar sein! Dabei
173 sollen auch die kooperative Struktur zwischen Geburtskliniken und freien Hebammen
174 verbessert werden, denn auch sie tragen zu einer flächendeckenden Versorgung im Interesse
175 der werdenden Mütter bzw. Eltern bei.
176
177 Neben den unmittelbaren Hilfen rund um die Geburt, wollen wir das Familien von Anfang an gut
178 betreut werden und Hilfe finden, wenn sie diese benötigen. Wir fordern die SPD-
179 Landtagsfraktion auf, verstärkt das Konzept der Familienlotsinnen zu fokussieren. In einer
180 Gesellschaft in der eine gesunde Wochenbettkultur mehr und mehr verschwindet, ist es
181 notwendiger denn je, Mütter und junge Familien mit Rat und Tat durch aufsuchende Hilfe zu
182 begleiten.
183
184 **Psychotherapeutische Versorgung sicherstellen**
185 Immer mehr psychisch erkrankte Menschen finden nur schwer einen Termin bei
186 Psychotherapeutinnen und -therapeuten. Die Wartezeiten für eine Richtlinientherapie betragen
187 im Durchschnitt sechs Monate. Zwischen diesem Erstgespräch und dem Beginn der
188 Behandlung liegen nochmals knapp drei Monate. Die Behandlung beginnt im Schnitt erst knapp
189 sechs Monate nach der Anfrage. Viele psychisch Kranke geben während der wochenlangen
190 Suche nach einem Psychotherapeuten entmutigt auf und verzichten auf eine Behandlung.
191
192 Diese Engpässe - insbesondere im ländlichen Raum – dürfen sich nicht noch weiter zuspitzen.
193
194 Studien zeigen, auch schon vor der Corona-Pandemie, die Versorgungslücken in der
195 Psychotherapie durch den Andrang von Anfragenden bei den Terminservicestellen deutlich auf.
196 Die Belastungen durch die Pandemie haben die Situation weiter verschärft.
197
198 Die Zunahme von psychischen Problemen und der damit verbundenen Nachfrage nach
199 Therapieangeboten zeigt den immensen Handlungsbedarf. Es braucht daher mehr Sitze für
200 Psychotherapeuten in Hessen, um die Versorgung sicherzustellen, sowie Präventions- und
201 Unterstützungsangebote, die der Lebensrealität von Erwachsenen, aber insbesondere auch von
202 Kindern und Jugendlichen entsprechen.

203
204 **Angebote zur Gesundheitsförderung**
205 Bürgerinnen und Bürger in Hessen sollen besser in der eigenen Gesunderhaltung unterstützt
206 werden.
207
208 Wichtig ist, dass das Land dafür Sorge trägt von Beginn an gesunde Lebenswelten, wie z. B. in
209 Kitas, Schulen oder Freizeiteinrichtungen, zu schaffen. Es geht dabei um die Gesundheit aller
210 Menschen, die in den Lebenswelten einen Großteil ihres Tages verbringen.
211
212 Die SPD fordert in Hessen, eine bessere Beratung im Feld der Gesundheitsförderung und
213 Prävention bei Kindern und Jugendlichen sowie in den Lebenswelten von Erwachsenen, um
214 Maßnahmen zu schaffen, bedarfsgerecht anzupassen und weiterzuentwickeln, die die
215 Lebensqualität der Zielgruppen verbessert. Wir leben in einer älterwerdenden Gesellschaft,
216 deswegen müssen strukturelle und institutionelle Bedingungen der Lebenswelten und
217 Lebenslagen älterer Menschen in den Fokus gerückt werden und im Sinne der körperlichen,
218 psychischen und sozialen Gesundheit gestaltet werden. Dabei muss es darum gehen, die
219 Chancen für die Gesundheit bestimmter Lebensphasen und Lebenslagen des Alters zu
220 erkennen und zu fördern, Krankheiten vorzubeugen und die Selbstbestimmung und die
221 Lebensqualität, trotz möglicher Einschränkungen, für die Menschen zu sichern.
222
223 U. a. soll das Modellprojekt Schulgesundheitsfachkräfte auch in ländlichen Regionen in die
224 Umsetzung gehen und flächendeckend angeboten werden.
225
226 Außerdem soll die Unterstützung und Begleitung von gesundheitsförderlichen Projekten und
227 Maßnahmen für alle Generationen (Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Senioren) intensiviert
228 werden.
229

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: LA 02

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand Hessen-Nord

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Ausbau des ÖPNV im ländlichen Raum

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1 Die SPD Hessen-Nord fordert den flächendeckenden Ausbau des Öffentlichen Personen-
2 Nahverkehrs (ÖPNV) im ländlichen Raum. Die Bewältigung der Herausforderungen des
3 Klimawandels im Bereich des Personenverkehrs erfordert notwendigerweise die Schaffung
4 nachhaltiger und ressourcenschonender Alternativen, um die Mobilität der Bürger und
5 Bürgerinnen auch in Zukunft sicherzustellen. Eine Verkehrswende kann nur gelingen, wenn auch
6 den Menschen im ländlichen Raum ein entsprechend zeitgemäßes ÖPNV- Angebot gemacht
7 wird.

- 8
- 9 Daher fordern wir:
- 10
- 11 • Den flächendeckenden Stundentakt im Bahn-, Bus- oder bedarfsgesteuertem
 - 12 Verkehr (on-demand) als garantiertes Grundangebot.
 - 13 • Die Etablierung eines bedarfsgerechten Grundnetzes im Bahn- und Busverkehr
 - 14 • Taktverdichtung auf wichtigen Magistralen im Bahn- und Busverkehr
 - 15 • Beschleunigung durch Einführung von Expressverkehren
 - 16 • Neubau bzw. Ausbau von Bahnhöfen und Haltestellen mit Hub-Funktion
 - 17 • Massiver Ausbau Park+Ride und Bau hochwertiger Bike+Ride-Anlagen
 - 18 • Dynamische Information der Fahrgäste inklusive digitaler Anschlusssicherung
 - 19 • Integration von Vertriebsstellen
 - 20 • Die Weiterentwicklung digitaler Dienste im Sinne des Fahrgasts
 - 21 • Die Bereitstellung von Informationen zur Reise, das Buchen und das Bezahlen von
 - 22 Fahrkarten muss flächendeckend gegeben sein. Die Möglichkeiten der
 - 23 Digitalisierung sind zu nutzen, um dem Fahrgast die Orientierung im System zu
 - 24 erleichtern.
 - 25 • Den barrierefreien Ausbau von Haltestellen und Bahnhöfen
 - 26 • Die Einführung bzw. Weiterentwicklung grenzüberschreitender Verkehre in
 - 27 benachbarte Bundesländer und in andere Verkehrsverbünde.
 - 28 • Die Instandhaltung und Modernisierung der notwendigen Straßeninfrastruktur unter
 - 29 besonderer Berücksichtigung der Belange des ÖPNV.
 - 30 • Den Ausbau und die Modernisierung der Schieneninfrastruktur
 - 31 • Die Erhöhung der Kapazitäten im Bahnverkehr, vor allem in der Hauptverkehrszeit.
 - 32 • Eine massive Unterstützung der Verkehrsunternehmen bei der Bewältigung der
 - 33 Transformation hin zu klimaneutralen Antrieben.
 - 34 • Ladeinfrastruktur
 - 35 • Wasserstofftankstellen

- 36 • Eine Siedlungsentwicklung, die eine gute ÖV-Erschließung fördert, einplant und
37 voraussetzt.
- 38 • z. B. keine Gewerbegebiete ohne ÖPNV-Anschluss.
- 39 • Eine angebotsangemessene Tarifstruktur, die mit der angestrebten Verbesserung
40 des Angebotes und der Infrastruktur im ÖPNV verbunden ist bis hin dann zur
41 Prüfung der Möglichkeit eines kostenlosen ÖPNV entsprechend den bis dahin
42 gemachten Erfahrungen in schon laufenden Modellprojekten.
- 43 • Eine größere Beteiligung des Landes an der Finanzierung des Öffentlichen
44 Personennahverkehrs aus originären Landesmitteln, die die hier aufgelisteten
45 Ziele ermöglichen.
- 46
- 47

48 Zu guter Letzt fordern wir eine entsprechend langfristige und auch in Zukunft auskömmliche
49 Finanzierung des ÖPNV im ländlichen Raum. Die notwendige Planungssicherheit muss
50 gewährleistet werden. Die Bürger und Bürgerinnen müssen sich darauf verlassen können, dass
51 sie auch übermorgen noch mobil sein können.

52
53
54

Begründung:

55
56 Der Öffentliche Personennahverkehr bildet das Fundament der Verkehrswende. Hier bieten sich
57 der Öffentlichen Hand vielfältige Steuerungsmöglichkeiten, um direkt auf das Mobilitätsverhalten
58 der Bürger und Bürgerinnen Einfluss zu nehmen. Investitionen in den ÖPNV kommen
59 grundsätzlich allen Menschen zugute. Das System steht grundsätzlich jedem Menschen offen,
60 unabhängig von Zugehörigkeit, Merkmalen oder Ansichten.

61
62 Angesichts des ambitionierten Ziels der Verkehrswende ist es erforderlich den ÖPNV im
63 ländlichen Raum zu verbessern. Im Gegensatz zum Verkehr in den Städten und Metropolen ist
64 der ÖPNV im ländlichen Raum unterentwickelt. Im Rahmen der Daseinsvorsorge wurde lange
65 Zeit nur ein spärliches Rumpfangebot bereitgestellt, dass dann vielfach als letzter Strohalm für
66 diejenigen gedacht war, die aus vielfältigen Gründen (meist sozial oder gesundheitlich) nicht am
67 MIV teilnehmen konnten.

68
69 Dass die Quelle des Verkehrs, der Städte und Metropolen zunehmend belastet, häufig im
70 ländlichen Raum liegt, ist eine Binsenweisheit. Die Pendlerströme, die sich zwischen Stadt und
71 Land bewegen, sind (werk)täglich wahrnehmbar. Eine Entlastung der stark belasteten
72 Siedlungsgebiete in den verdichteten Räumen erreicht man durch Verlagerung des Verkehrs mit
73 Pkw auf entsprechend gut geplante und ausgestattete Angebote des ÖPNV. Die
74 Leistungsfähigkeit des ÖV diesbezüglich ist unübertroffen. Es gibt keine bessere Möglichkeit, um
75 eine große Anzahl von Menschen innerhalb kurzer Zeit so effizient und ressourcenschonend zu
76 befördern.

77
78 Der Besitz eines Pkw wird auch in Zukunft für die Einwohner des ländlichen Raumes einen
79 persönlichen Freiraum markieren. Dass ein Leben ohne Auto, ganz so wie in der Metropole, also
80 mehr oder weniger verlustfrei, im ländlichen Raum zu realisieren ist, halten wir für utopisch. Die
81 Lösung liegt hier im Einsatz emissionsfreier Fahrzeuge, die ja bereits am Markt verfügbar sind.
82 In der Kombination bzw. Verknüpfung von gutem, flächendeckendem ÖPNV, reduziertem
83 emissionsfreiem MIV und der Verbesserung der Nahmobilität (Fuß- und Radverkehr) liegt der
84 Schlüssel zu einer resilienten, nachhaltigen und klimaneutralen Mobilität im ländlichen Raum.

85
86 Der Dreh und Angelpunkt des neuen klimaneutralen Verkehrssystems ist der ÖPNV. An
87 Bahnhöfen und Haltestellen findet die Verknüpfung zum Fuß-, Rad- und Autoverkehr statt. Hier
88 manifestiert sich die Verkehrswende im ländlichen Raum in der Kombination von adäquaten
89 Verkehrsangeboten und vollumfänglicher Fahrgastinformation. Die Bündelung der Fahrgäste

90 ermöglicht den sinnvollen Einsatz sehr großer und damit sehr effizienter Fahrzeuge. Kosten und
91 Nutzen können in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht werden.

92
93 In den dispersen Siedlungsstrukturen der peripher gelegenen Teilräume des ländlichen Raums,
94 die durch eine geringe Bevölkerungsdichte gekennzeichnet sind, kann die Daseinsvorsorge
95 mithilfe bedarfsgesteuerter und fahrplanloser Angebote auf eine neue Stufe gehoben werden.
96 Hier sind die regelmäßig höheren Kosten für On-Demand-Verkehre gerechtfertigt. Sie
97 ermöglichen Teilhabe und stehen für die Idee von der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.

98
99 Der Klimawandel lässt uns keine Zeit mehr. Die aktuell zusätzlich zu bewältigenden Krisen binden
100 Kapazitäten. Keine Zeit für Experimente. Der ÖPNV ist ein etabliertes, skalierbares und
101 eingespieltes System. Seine Leistungsfähigkeit und sein möglicher Beitrag zur Verkehrswende
102 sind unter Fachleuten unumstritten. Der ÖPNV kann seine Stärken aber nur in guten Netzen
103 zeigen. Im ländlichen Raum geht noch zu viel Potenzial durch die Maschen. Die Bewohner und
104 Bewohnerinnen der ländlichen Räume haben einen Anspruch darauf, ihren Beitrag zum
105 Klimaschutz leisten zu können. Sie brauchen dafür die nötigen Alternativen, und zwar langfristig
106 und verlässlich.

107
108 Der ÖPNV finanziert sich auch im Ländlichen Raum nicht allein durch das Fahrpreisaufkommen.
109 Die überwiegende Deckung der Kosten stammen von den Öffentlichen Händen. Für diese oder
110 von diesen werden Bus- und Bahnverkehre bezahlt. Das Verhältnis von gut 80 Prozent
111 Bundesmitteln, 17 Prozent Kommunalmitteln und 3 Prozent Landesmitteln verdeutlicht den
112 zwingenden landespolitischen Handlungs- und Finanzierungsbedarf.

113

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: LA 03

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand Hessen-Nord

Adressat: SPD-Parteivorstand, Bundesregierung

Betr.: Einführung einer Übergewinnsteuer

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1 Der SPD-Parteivorstand wird gebeten einen Vorschlag für die befristete Erhebung einer
2 Übergewinnsteuer für das Jahr 2022 zu erarbeiten und in den Koalitionsausschuss
3 einzubringen, mit dem insbesondere im Energiesektor krisenbedingte Übergewinne einer
4 Steuer bzw. Abgabe unterworfen werden, die zur Finanzierung staatlicher
5 Entlastungsmaßnahmen dient.

6
7
8 **Begründung**
9

10 Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine führt - neben der verheerenden Lage der
11 Bevölkerung in der Ukraine - zu gravierenden Verwerfungen auf den Energie- und
12 Rohstoffmärkten. Der damit einhergehende Preisanstieg bei Lebensmitteln und Energie mindert
13 die private Kaufkraft und trifft vor allem Menschen mit geringem Einkommen sowie eine Vielzahl
14 von insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen.

15
16
17
18
19
20

Bund und Länder verfolgen das Ziel, die damit einhergehenden Belastungen durch
umfangreiche Maßnahmen einzudämmen. Die Finanzierung dieser Entlastungsmaßnahmen
belastet die öffentlichen Haushalte zu einem Zeitpunkt, in dem die Folgen der Corona-Krise
noch nicht annähernd bewältigt sind, in einem hohen Maße.

21
22
23
24

Während der krisenhaften Entwicklungen aufgrund der Corona-Pandemie wie nun auch in
Folge des Krieges Russlands gegen die Ukraine war zu beobachten, dass einzelne Branchen in
einem hohen Maß ihre Gewinne auch gegenüber dem Vorkrisenniveau steigern konnten.

25
26
27
28

Dabei waren diese Gewinnsteigerungen nicht Resultat verstärkten wirtschaftlichen Handelns
oder von Investitionen, sondern resultieren allein aus den marktlichen Verwerfungen in Folge
der Krisen.

29
30
31
32

Angesichts der hohen Kosten für die öffentliche Hand und der skizzierten wirtschaftlichen und
gesellschaftlichen Lasten, ist es gerechtfertigt, einen Teil der so erzielten Übergewinne einer
Steuer bzw. Abgabe zu unterwerfen, um damit einen Beitrag zur Finanzierung der staatlichen
Stützungs- und Entlastungsmaßnahmen zu leisten.

33
34
35
36
37

Für solche Abgaben bzw. Steuern auf Übergewinne gibt es eine Reihe von Modellen und auch
historische Beispiele. Aktuell hat die EU-Kommission vorgeschlagen, außerordentliche Gewinne
befristet zu versteuern. Danach können die Mitgliedsstaaten hohe Einnahmen des
Energiesektors und darüber hinaus des Emissionshandels an Verbraucher umverteilen. Dabei

38 sollen Steuereinnahmen aus „übermäßigen Erlösen“, die bestimmte Stromerzeuger erzielen, an
39 die Strom-Endverbraucher umverteilt werden, ohne eine effiziente Preisbildung zu
40 beeinträchtigen und ohne Marktverzerrungen zu verursachen. Italien hat einen entsprechenden
41 Vorschlag für eine außerordentliche, branchenbezogene Solidaritätsabgabe der
42 Energieunternehmen vorgelegt.

43
44

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf

Antrag: LA 04

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand Hessen-Nord

Adressat: SPD-Landesparteitag

Betr.: Erhalt des Medienkonzeptzentrums Offener Kanal Kassel

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord fordert die Hessische Landesregierung auf den Erhalt des
2 Medienprojektzentrums Offener Kanal Kassel (MOK) in Trägerschaft der Hessischen
3 Landesanstalt für privaten Rundfunk (LPR) sicherzustellen.

4
5 **Begründung:**
6 Seit 30 Jahren macht das MOK erfolgreiche Arbeit als Plattform lokaler Meinungs- und
7 Medienvielfalt für Bürger*innen in Nordhessen und als Ort der Vermittlung von Medienkompetenz.
8 In der heutigen Zeit gewinnt die Vermittlung von Medienkompetenz durch die Digitalisierung und
9 Medialisierung immer mehr an Bedeutung. Mit ihren medienpädagogischen Angeboten bietet das
10 Medienprojektzentrum Offener Kanal Kassel daher einen wichtigen Beitrag zur Medienbildung für
11 alle Altersgruppen.

12
13 Der Offene Kanal ist Impulsgeber für den Medienstandort Kassel und bietet „Fernsehen zum
14 Selbermachen“ für alle Bürgerinnen und Bürger Kassels. Unterschiedliche gesellschaftliche
15 Gruppen, Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen haben im MOK die Gelegenheit mit
16 der professionellen Unterstützung von Medienprofis, regionales Fernsehen mit crossmedialen
17 Verbreitungsmöglichkeiten (TV, Internetstream, Mediathek) selbst zu gestalten. Das MOK leistet
18 somit nicht nur einen wichtigen Beitrag für unsere lokale Meinungs- und Medienvielfalt, sondern
19 auch für die Demokratie.

20
21
22

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf

Antrag: R 01

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: Hessische Landesregierung

Betr.: Zäsur im demokratischen Miteinander in Hessen

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord sieht in der Neuregelung und damit de facto-Abschaffung der
2 Schuldenbremse in Hessen eine Zäsur im demokratischen Miteinander. Die noch einstimmig
3 vom Landtag in Pandemie-Zeiten beschlossene Abkehr von der absoluten (alle gewählten
4 Abgeordneten) Zwei-Drittel-Mehrheit zu einer einfachen (anwesende Abgeordnete) Zwei-Drittel-
5 Mehrheit war den Problemen in Pandemie-Zeiten geschuldet.
6
- 7 Die allein von schwarz-grün beschlossene Abschaffung der Zwei-Drittel-Mehrheit hin zur
8 einfachen Mehrheit ist hingegen ein Zeichen für mangelnde demokratische Kultur.
9
- 10 Gerade in Krisenzeiten ist nicht selten die Anwendung von bereits bestehenden Regelungen
11 erforderlich, die Einschränkungen von Rechten der Bürgerinnen und Bürger mit sich bringen.
12
- 13 Gerade in solchen Zeiten aber dürfen grundlegende demokratische Regelungen nicht einfach
14 mit dem Argument „Krise“ abgeschafft werden. Insbesondere Oppositionsrechte auf Null
15 einzudampfen, zeigt die Respektlosigkeit der beiden Fraktionen von CDU und Grünen
16 gegenüber der Opposition. Schlicht die Arroganz der Macht.
17

18
19 **Begründung:**

20
21 **Erfolgt mündlich!**

22
23
24
25

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: R 02

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Resolution: Jetzt erst recht – Für Frieden und Demokratie in Europa

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Resolution: Jetzt erst recht - für Frieden und Demokratie in Europa

Am 24. Februar 2022 veränderte sich die sicherheitspolitische Ordnung in Europa. Ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg Russlands auf einen souveränen Staat. Mit dem Beginn dieses Krieges auf die Ukraine hat der langjährige Konflikt zwischen Russland und der Ukraine eine historische Eskalationsstufe erreicht. Ein Krieg zwischen zwei Staaten - mitten in Europa. Ein heimtückischer Angriff, dem monatelange Lügen von Seiten Russlands voraus gingen, in denen behauptet wurde, dass es sich bei der Ansammlung von Truppen und schweren Waffen lediglich um eine Militärübung handele. Das Friedenskonstrukt in Europa, welches nach dem zweiten Weltkrieg in mühsamer Diplomatie und Kooperation entstanden ist, wurde spätestens ab diesem Moment in Frage gestellt.

Wir zeigen uns solidarisch mit den Menschen in der Ukraine!

Die territoriale Integrität der Ukraine ist nicht verhandelbar. Das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung muss stets gewahrt werden. Der Frieden in Europa muss oberstes Ziel aller Regierungen sein. Dieses Ziel hat Russland mit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch und dem Ziel, die demokratisch gewählte Regierung in der Ukraine zu stürzen und die Ukraine zu einem Marionettenstaat zu machen, über Bord geworfen.

Mit Russlands Machthaber Wladimir Putin lässt sich keine vernünftige, auf Frieden bedachte Diplomatie organisieren. Er hat mit jeder Regel, mit jeder Gepflogenheit der internationalen Gemeinschaft gebrochen und die weltweite Sicherheitslage dramatisch in Gefahr gebracht. Jedes Land, welches von der Annahme einer von der Weltgemeinschaft gewährten Sicherheit vor Angriffen der eigenen Nachbarn ausging, muss seit dem 24. Februar 2022 seine Sicherheitsstrategie überdenken. Wer nicht in der NATO ist oder sich mit Russland oder China gut gestellt hat, wird zum potenziellen Ziel geostrategischer Interessen.

Gewalt löst keine Konflikte und eine weitere Eskalation muss verhindert werden. Das ist wichtig. Denn nur die etablierten Regeln der internationalen Diplomatie können einen dauerhaften Frieden gewährleisten.

Wichtig ist aber auch, dass Länder wie Georgien, Moldawien und Taiwan auf die Reaktion der europäischen Union schauen werden. Eine Annektierung von Teilen der Ukraine oder ein Sturz der gewählten Regierung Selenskys wird die „Freunde des Westens“ abschrecken und die Autokratien der Welt in ihrem Handeln bestärken. Für einen dauerhaften Frieden in Europa und

37 auf der Welt ist eine solidarische und entschlossene Reaktion durch die EU und durch
38 Deutschland daher unabdingbar.

39

40 **Wir fordern:**

41

- 42 • Russland dazu zu bewegen, verzugslos an den internationalen Verhandlungstisch
- 43 zurückzukehren.
- 44 • den sofortigen Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine durchzusetzen.
- 45 • dauerhafte Sanktionen gegenüber Russland anzustreben.
- 46 • Unterstützer*innen Russlands - beispielsweise China - in die Verantwortung zu nehmen.

47

48 Eine Lösung des Konflikts kann es dabei schlussendlich nur gemeinsam und im Einklang mit
49 der demokratisch gewählten Regierung der Ukraine geben. Die Europäische Union darf zu
50 keinem Zeitpunkt über die Köpfe der Ukraine hinweg Verhandlungen über den
51 Nachkriegsstatus des Landes oder dessen Territorium führen.

52

53 Situation der Geflüchteten

54

55 Während anfangs noch strategische, militärische Ziele angegriffen wurden, verlagerte sich das
56 Bombardement schnell auf zivile Ziele und Wohngebiete. Auch wenn die ukrainische Armee
57 den russischen Streitkräften derzeit noch standhält, verschlechtert sich die Menschenrechtslage
58 für die Zivilbevölkerung - insbesondere in den von Russland belagerten Städten - rapide. Die
59 ukrainische Hafenstadt Mariupol, wo das russische Militär weiter vordringen konnte, wurde
60 massiv bombardiert und schwer beschädigt. Auch wenn immer wieder Menschen fliehen
61 konnten (am 19. März konnten über 4000 Menschen aus der Stadt fliehen), bleibt der Großteil
62 der Bevölkerung in Mariupol gefangen. Die Einrichtung eines humanitären Korridors und einer
63 Fluchtroute ist gescheitert und so bleibt die Bevölkerung Mariupols ohne Strom-, Wasser- und
64 Nahrungsversorgung.

65

66 Der UNHCR rechnet insgesamt mit rund 4 Millionen Geflüchteten, diese Zahl wird allerdings
67 weiter steigen. Bereits jetzt sind über 2 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer geflohen, davon
68 befindet sich der größte Teil in Polen. Die beispiellose Solidarität europäischer Staaten und der
69 Zivilbevölkerung ist ermutigend. Es scheint, als sei Europa näher zusammengerückt und bereit,
70 die Bürden der Vertreibung von Millionen von Geflüchteten aus der Ukraine, gemeinsam zu
71 tragen. Unkomplizierte Verfahren und die schnelle Reaktion der Hilfsorganisationen machen
72 Hoffnung, dass auch zukünftige Krisen bewältigt werden können.

73

74 Es häufen sich Berichte von ukrainischen Frauen, die sich immer öfter Belästigungen und
75 zwielichtigen Angeboten ausgesetzt sehen. Eine Flucht aus dem Heimatland ist bereits
76 belastend genug. Belästigung, Unsicherheiten und zweifelhafte „Hilfsangebote“ haben eine
77 katastrophale Auswirkung für ukrainische Geflüchtete. Dazu kommt, dass die Situation für
78 Geflüchtete ohne ukrainischen Pass katastrophal ist. Geflüchtete aus dem arabischen Raum,
79 Afrika oder Asien werden massiv diskriminiert. Sie werden nicht in Züge - die aus der Ukraine
80 fahren - gelassen, oder während der Flucht rassistisch angegangen. Einige afrikanische
81 Studierende berichten sogar, dass sie an der Flucht gehindert wurden, um „für die Ukraine zu
82 kämpfen“. Solche Horrorszenarien müssen unbedingt in das Bewusstsein politischer
83 Entscheider*innen.

84

85 **Wir fordern:**

86

87 schnellstmöglich für humanitäre Korridore und Fluchtrouten in Richtung sicherer europäischer
88 Nachbarstaaten und/oder innerhalb der Ukraine zu sorgen.

89 Den Schutz ukrainischer Geflüchteter in Europa zu gewährleisten und Belästigungen und
90 Unsicherheiten für ukrainische FLINTA (**F**rauen, **L**esben, **i**ntersexuelle, **n**icht-binäre, **t**rans und
91 **a**gender Personen) zu unterbinden.

92 Die Diskriminierung ausländischer Studierender während der Flucht zu bekämpfen und für eine

93 Gleichstellung bei der Flucht zu sorgen. Krieg kennt keinen Unterschied.
94 Langfristige Maßnahmen für die Unterbringung und das Wohlbefinden aller Geflüchteter zu
95 sorgen. Die Auswirkungen des Konflikts werden wohl für lange Zeit zu spüren sein.
96 Für eine gerechte Verteilung aller Geflüchteter in Europa zu sorgen. Dies gilt auch für
97 Geflüchtete, die aus dem Mittelmeerraum fliehen. Deutschland muss den Eindruck vermeiden,
98 dass Geflüchtete unterschiedlich behandelt werden.
99 innerhalb Deutschlands eine Verteilung der Geflüchteten zu organisieren, die dem Gedanken
100 einer solidarischen Lastenverteilung entspricht. Der städtische Ballungsraum und der ländliche
101 Raum müssen gleichermaßen Menschen in Not aufnehmen.

102

103 **Für Frieden in Europa - Einen Umgang mit Russland und der Ukraine finden**

104

105 Russland legt unter Präsident Putin ein zunehmend aggressives Verhalten gegenüber
106 denjenigen im Ausland an den Tag, welche es als Feinde des Staates sieht. Der Mord an
107 Selimchan Changoschwili im Berliner Tiergarten, der Mord an Sergei Wiktorowitsch Skripal oder
108 der Anschlag auf den russischen Oppositionspolitiker Aleksej Nawalny zeigt, dass Russland
109 sich bereits seit Jahren in einem Konflikt befindet. Ein Konflikt der intern zu sein scheint, ist in
110 Wirklichkeit ein Konflikt der im Ausland geführt wird. Denn Skripal wurde in Großbritannien und
111 Changoschwili in Deutschland ermordet - Nawalny wurde in Deutschland behandelt.
112 Unterstrichen wird dieser Konflikt der nicht-militärischen-Ebene von den seit Jahren
113 schwelenden Berichten um Hackerangriffe aus Russland, mit denen politische Stellen in
114 Deutschland, aber auch in anderen Staaten getroffen werden sollen. Das
115 Bundesinnenministerium beobachtete 2021 vermehrte Cyberangriffe aus Russland auf
116 politische Stellen in Deutschland mit dem Ziel, die Bundestagswahl zu beeinflussen.

117

118 In Russland wird es für Kritiker*innen des Kremls gefährlicher. Mit der Schließung der letzten
119 großen kremlkritischen Magazins Echo Moskau und des TV-Senders Doschd, wurde die
120 Hoffnung eines freien und kritischen Journalismus auf absehbare Zeit zerschlagen. Schon
121 lange werden Journalist*innen, Protestierende und Oppositionelle drangsaliert. Die russische
122 Demokratie ist in großer Gefahr - wenn sie nicht schon lange verschwunden ist. Der russische
123 Machthaber Wladimir Putin baut währenddessen seine Macht weiter aus, indem er
124 beispielsweise die Amtszeitbegrenzung russischer Präsident*innen abschafft, das Wahlrecht mit
125 dem Ziel der Manipulation anpasst und zunehmend auf Staatspropaganda zur Sicherung seiner
126 Macht setzt. Dies ist wohl eine der Ursachen dessen, dass ein nicht zu unterschätzender Teil
127 der Bevölkerung die von Russland als Militäroperation verkauften Kriegshandlungen gegen die
128 Menschen in der Ukraine unterstützen. Doch es gibt auch viele Russ*innen, die das nicht so
129 sehen.

130

131 Sie protestieren trotz der Gefahr von langjährigen Gefängnisstrafen gegen den Krieg und die
132 autoritäre Herrschaft. Immer öfter erscheinen Videos über Mütter, die nach den Ursachen für
133 den Tod ihrer Söhne während des Kriegseinsatzes fragen und voller Wut öffentlich kritische
134 Fragen stellen. Die eigene Betroffenheit durch den Krieg oder die wirtschaftlichen Sanktionen,
135 lassen viele Russ*innen scheinbar doch nachdenklich zurück - ob nun Töchter und Söhne von
136 Oligarchen, die seit Jahren im Westen leben und sich kritisch gegenüber Putin äußern oder
137 Menschen in Russland, die verzweifelte Anrufe ihrer Verwandten aus der Ukraine bekommen.
138 Viele von Ihnen verlassen allerdings Russland in Richtung Finnland. Insbesondere FLINTA
139 sehen sich seit Jahren zunehmender Repressionen ausgesetzt. Menschen aus der LGBTIQ*
140 Community werden massiv diskriminiert.

141

142 Ein Zitat des russischen Außenministers macht deutlich, worum es bei diesem Konflikt geht:
143 "This is not about Ukraine at all, but the world order. The current crisis is a fateful, epoch-
144 making moment in modern history. It reflects the battle over what the world order will look like".

145

146 Dazu passt ein Zitat des Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Oleksandrowytsch Selenskyj,
147 kurz nach seinem Wahlsieg: „I promise, I will never let you down. To all post-Soviet countries:
148 Look at us. Anything is possible.“

149
150 Der Krieg in der Ukraine verändert Vieles.

151
152 **Wir fordern:**

153
154 Hackerangriffe und FakeNews aus Russland müssen unterbunden werden. Die Ukraine soll in
155 ihrer Fähigkeit, Cyberangriffe abzuwehren, weiter unterstützt werden.
156 Wir begrüßen, dass Nordstream2 kein Bestandteil der Diversifizierungsstrategie mehr ist. Der
157 Stopp der Pipeline und die Nichtinbetriebnahme ist ein wichtiges Zeichen. Die Ukraine in eine
158 europäische Energiepartnerschaft einzubinden. Nicht nur, um Lücken der Energieversorgung
159 Europas zu schließen, sondern auch um die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine nach dem
160 Ende des Krieges zu unterstützen.
161 Die Ukraine bei Investitionen in erneuerbaren Energien, einschließlich der langfristig angelegten
162 Wasserstoffstrategie, finanziell und durch Wissenstransfer, zu unterstützen.
163 Das oberste Ziel - die Energieversorgung aus 100% erneuerbaren Energiequellen zu sichern -
164 noch stärker zu verfolgen. LNG Gas aus den USA oder Produzenten, wie Katar, Venezuela und
165 die Vereinigten Arabischen Emirate, sind Übergangslösungen. Übergangslösungen, müssen
166 allerdings solche bleiben.
167 Die Zivilgesellschaft in der Ukraine auch nach dem Krieg weiter zu stärken: Investitionen in den
168 ukrainischen Kunst- und Kulturbereich, sowie die finanzielle Unterstützung unabhängiger
169 Projekte zur Stärkung der Zivilgesellschaft ausbauen.
170 Auch in Russland muss die Zivilgesellschaft gestärkt werden. Trotz aller Repressionen sollen
171 Wege gefunden werden, kritische Stimmen in Russland zu unterstützen.
172 Verbindungen zwischen Russ*innen und Ukrainer*innen, sowie Russ*innen und
173 Europäer*innen dürfen nicht einfach so beendet werden. Die Völkerverständigung ist ein
174 wichtiges Mittel zur Stärkung demokratischer Strukturen und Bestrebungen.
175 Bestehende Städtepartnerschaften sollen geprüft, aber wenn möglich erhalten und genutzt
176 werden, um eine kritische Zivilgesellschaft zu stärken.
177 Den Menschen der Queer Community muss offensiv ermöglicht werden, den Repressionen in
178 Russland zu entkommen.
179 Das politische Asyl für Kritiker*innen des Kremls zu stärken und leichtere Fluchtmöglichkeiten
180 aus Russland anzubieten. Die Grenzen für Russ*innen dürfen nicht geschlossen werden.
181 Bildungsreisen und Kooperationen zwischen Schulen in Russland und der Ukraine, sollen nach
182 dem Krieg eingeführt und finanziell unterstützt werden. Es sollen Begegnungsmöglichkeiten für
183 den ukrainisch-russischen Dialog geschaffen werden.

184
185 **Die Möglichkeiten von Embargos weiterhin prüfen**

186
187 Wir halten es für unerträglich, dass das Aufdrehen des Heizreglers oder das Tanken des Autos
188 den Krieg Putins finanziert. Jeder Euro an das Regime des russischen Machthabers verlängert
189 diesen Krieg und damit das Leid der ukrainischen Bevölkerung.

190
191 Gleichzeitig sind wir uns darüber im Klaren, dass eine Grundversorgung der Bevölkerung
192 gewährleistet sein muss. Sanktionen müssen durchhaltbar sein. Ihre Akzeptanz in der eigenen
193 Bevölkerung ist dafür ein elementarer Bestandteil.

194
195 **Wir fordern:**

- 196
- 197 • die Möglichkeiten eines Embargos für fossile Energieträger aus Russland stetig zu
198 überprüfen und auszusprechen, sobald dies möglich ist, ohne dass Industrie und
199Grundversorgung in Deutschland dadurch zusammenbricht.
 - 200 • Eine Laufzeitenverlängerung von Kohlekraftwerken und Atomkraftwerken lehnen wir ab.
201Das einzig nachhaltige Ziel der energiepolitischen Unabhängigkeit kann nur durch die
202Produktion erneuerbarer Energien erfolgen.
 - 203 • die Möglichkeiten für Sanktionen für Oligarchen, die im großen Umfang für die
204Unterstützung für Putin verantwortlich sind, auszuweiten. Eine Enteignung von

205 Wohnungen von Oligarchen zur Verfügungstellung für ukrainische Geflüchtete soll
206 rechtlich geprüft und ermöglicht werden.

207

208 **Waffenlieferungen zur Verteidigung der Demokratie**

209

210 Eine Glorifizierung von Militär lehnen wir ab. Dies steht nicht im Widerspruch zur Notwendigkeit
211 von Selbstverteidigung, notfalls auch mit Waffen. Die Geschichte hat uns gezeigt, dass es
212 Situationen geben kann, in denen die gewaltsame Verteidigung der Demokratie und der
213 Menschenrechte notwendig wird.

214

215 Wir können es gleichzeitig individuell ablehnen, Waffengewalt auszuüben. Dieses Recht
216 gestehen wir im Übrigen auch allen Ukrainer*innen zu. Der Zwang für ukrainische Männer
217 zwischen 18 und 60 Jahren, ihr Land an der Waffe verteidigen zu müssen, zeigt, welche
218 negativen Auswirkungen das Patriarchat auch für Männer haben kann. Der individuelle
219 Pazifismus muss für jede*n möglich sein.

220

221 Die Ukrainer*innen zeigen jedoch in hoher Zahl die Bereitschaft dazu, ihr Land vor dem
222 unprovokierten Überfall der russischen Armee zu verteidigen. Deutschland hat deshalb richtig
223 gehandelt, als es der Ukraine zu diesem Zweck Verteidigungswaffen lieferte. Diese Lieferungen
224 müssen auch weiterhin ermöglicht und ausgebaut werden. Es ist unsere moralische Pflicht,
225 einer Demokratie bei der Verteidigung dieser beizustehen.

226

227 Gleichzeitig kann der Westen nur soweit in den Konflikt eingreifen, dass er nicht selbst zur
228 Kriegspartei wird. Eine aktive Beteiligung der NATO an dem Krieg im Osten Europas hätte
229 unabsehbare Folgen.

230

231 **Wir fordern:**

232

- 233 • die Ukraine dazu zu befähigen, ihr Territorium vor dem völkerrechtswidrigen Angriff
234 Russlands zu verteidigen. Finanzielle Hilfen und die Lieferung von Verteidigungswaffen
235 zu diesem Zweck begrüßen wir.
- 236 • eine Flugverbotszone über der Ukraine nicht einzurichten. Dies hätte einen direkten
237 Kriegseintritt der NATO zur Folge.

238

239 **Verteidigungspolitik in Europa**

240

241 Wir verstehen und als antimilitaristischer Verband, erkennen allerdings an, dass nicht alle
242 Staaten dieser Welt diesen Anspruch haben können. Den demokratischen Staaten dieser Welt
243 muss die Möglichkeit der Selbstverteidigung gestattet sein. Dieses Recht auf Selbstverteidigung
244 hat auch Deutschland. Wir brauchen eine einsatzfähige Bundeswehr. Die Reformen, die dafür
245 notwendig sind, müssen endlich umgesetzt werden. Die ineffizienten Strukturen sind
246 maßgeblich für den Zustand der Bundeswehr verantwortlich und müssen reformiert werden.

247

248 Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr muss auch finanziell abgesichert werden. Wir regen
249 eine Diskussion zur Einrichtung einer Europäischen Verteidigungsarmee an, um Kosten
250 einzusparen und gleichzeitig die europäische Integration zu verstärken.

251

252 Klar muss allerdings auch sein, dass Investitionen in Bildung und den Klimaschutz mindestens
253 genauso wichtig für den gesellschaftlichen und internationalen Frieden sind, wie die
254 Gewährleistung der Selbstverteidigungsfähigkeit. Es muss eine Initiative für Mehrausgaben für
255 Bildung, Klimaschutz und soziale Absicherung geben. Dass diese politischen Anliegen nicht für
256 die Einrichtung eines Sondervermögens qualifiziert sein sollen, zeigt wie unpraktisch und
257 sinnlos die politische Konstruktion der Schuldenbremse ist. Die Schuldenbremse gehört
258 endgültig abgeschafft. Sie nimmt dem verantwortungsbewussten und zukunftsorientierten Staat
259 die politischen Handlungsmöglichkeiten, die notwendig ist, um Krisen präventiv zu verhindern.
260 Ist die Politik zu diesem Schritt nicht bereit, so muss über darüber nachgedacht werden, wie im

261 regulären Haushalt Mehreinnahmen die Ausgaben decken können. Aus unserer Sicht sind die
262 reichen Menschen in diesem Land dafür heranzuziehen.

263

264 **Wir fordern:**

265

266 • eine Diskussion über die Einrichtung einer Europäischen Verteidigungsarmee zu
267 initiieren. Diese kann Kosten einsparen und gleichzeitig den Prozess der europäischen
268 Einigung unterstützen. Militär mit deutscher Beteiligung muss auch in Zukunft durch das
269 Parlament kontrolliert sein.

270 • die Schuldenbremse abzuschaffen. Sie schützt unsere Generation nicht, sondern
271 hinterlässt uns strukturelle Schulden.

272 • die Reichen in dieser Gesellschaft stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls zu
273 beteiligen.

274 • Investitionen in Bildung und Klimaschutz im gleichen Maße zu verstärken, wie im
275 Bereich der Verteidigung.

276

277

278

279

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: IR 06

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag

Betr.: Synagogen als Orte des Erinnerns – erhalten, schützen, stärken

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1 Synagogen sind vor allem religiöse Orte, doch auch Erinnerungsorte für die Schrecken des NS-
2 Regimes. In Zusammenarbeit mit jüdischen Gemeinden sollen sie einen besonderen Schutz
3 erfahren, und gleichzeitig soll das Bestreben jüdischer Gemeinden als Erinnerungs- und
4 Lernorte, bspw. auch für Schulklassen, gestärkt werden. Dies soll stärker finanziell gefördert
5 werden.

6
7

8 **Begründung:**

9

10 Synagogen sind in einem vom Nationalsozialismus geprägtem Deutschland sehr wichtig. Sie
11 zeigen uns, wohin Hass und Wut enden, welche grausamen Taten der liebe Nachbar von
12 Nebenan verüben kann. Aber sie sind auch ein Zeichen der Hoffnung. Selbst in der dunkelsten
13 Stunde wird irgendwo ein Licht aufblühen, welches den Weg in eine bessere Zukunft weist. Die
14 Geschichte dahinter muss viel mehr Menschen erreichen und der Antisemitismus muss
15 zerschlagen werden.
16 Aufklärungen wie der Verein „Jüdisches Leben im Werra-Meißner-Kreis“ es beispielsweise in
17 der Äbteröder Synagoge tätigt, muss das Land und der Bund mit mehr Mitteln fördern.

18
19
20
21

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: IR 7

Antragsteller: Migration und Vielfalt - Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Mehr Fairness für ausländische Studierende

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes sowie der
2 entsprechenden Ausführungsbestimmungen herbeizuführen, die sicherstellt, dass ausländische
3 Studierende neben dem sog. Sperrkonto auch andere Nachweise ausreichender Mittel durch
4 die Ausländerbehörde anerkannt werden müssen.
5
- 6 Darüber hinaus soll ein eigenes Fördersystem etabliert werden, das besonders förderwürdigen
7 ausländischen Studierenden ein Studium in Deutschland ermöglicht.
8
- 9 **Begründung:**
10
- 11 Ausländische Studierende sind nach Maßgabe § 2 Absatz 3 Satz 5 AufenthG dazu verpflichtet
12 einen Nachweis ausreichender Mittel zur Sicherung des Lebensunterhalts, einschließlich
13 ausreichenden Krankenversicherungsschutzes, zu erbringen. Ausreichende Mittel stehen dann
14 zur Verfügung, wenn sie dem BAFÖG Förderungshöchstsatz entsprechen. Dieser wird durch
15 das Bundesministerium des Inneren im Bundesanzeiger regelmäßig aktualisiert. Dies gilt
16 unabhängig davon, ob ausländische Studierende ein Visum für den Studienaufenthalt in
17 Deutschland benötigen oder nicht. Im Falle eines notwendigen Visums, wird bereits bei
18 Beantragung dieses Visums der Nachweis über die Finanzierung des Aufenthaltes vorzulegen
19 sein. Der als ausreichend anerkannte monatliche Betrag liegt derzeit bei mindestens 861 €
20 netto pro Monat. Im Rahmen des Visumverfahrens ist die Finanzierung für das erste Studienjahr
21 nachzuweisen. Seit dem 1. Januar 2021 ist dieser Betrag insgesamt bei 10.332 Euro festgelegt.
22
- 23 Zu stellen ist der entsprechende Antrag bei der zuständigen Ausländerbehörde des
24 entsprechenden Wohnorts. Ein Sperrkonto darf nur das Abheben des entsprechenden,
25 monatlichen Betrages in Höhe von derzeit 861 € zulassen. Die Auflösung des Sperrkontos darf
26 nur mit Zustimmung der Ausländerbehörde erfolgen und ist der alleinigen Verfügung der
27 ausländischen Studierenden entzogen.¹
28
- 29 Weitere zulässige Nachweise sind neben dem Sperrkonto auch eine Verpflichtungserklärung
30 nach §§ 66-68 AufenthG - bei der die unterzeichnende Person für den Lebensunterhalt sowie
31 die Unterkunft der jeweiligen ausländischen Studierenden haftet - ein Stipendium oder ein
32 Finanzierungsnachweis durch Dritte.²

¹ Vgl. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/sperrkonto/375488>

² Vgl. <https://brasil.diplo.de/blob/1053448/4d6549ccec83a2389f27b6123deaa87b/merkblatt-finanzierung-studienaufenthalt-data.pdf>

33 Bereits jetzt handeln insbesondere Kommunen strategisch und langfristig, um eine Bindung
34 internationaler Studierender zur Bekämpfung des Fachkräftemangels und lokaler Überalterung
35 zu gewinnen. Deutschland wird damit rechnen müssen, dass die Bevölkerung im
36 erwerbsfähigen Alter deutlich zurückgeht. Der Fachkräftemangel ist insbesondere für das
37 umlagebasierte Wohlfahrtssystem eine große Gefahr. Selbst optimistische Prognosen gehen
38 davon aus, dass neben der EU-Binnenwanderung eine gesteuerte Zuwanderung aus
39 Drittstaaten notwendig ist, um den Fachkräftebedarf zu decken. Eine schnelle und entschiedene
40 Initiative zur Anwerbung qualifizierter Zuwanderer kann dazu beitragen, den Bedarf zumindest
41 abzumildern. Im Jahr 2013 berichteten beispielsweise 53% der kleinen, 57% der mittelgroßen
42 und 52% der großen Unternehmen von teils erheblichen Problemen bei der Anwerbung
43 geeigneter Studierender an den deutschen Hochschulen.³

44
45 Dieser veränderten Bedarfsstruktur stehen noch große, bürokratische Hürden entgegen. Dazu
46 gehört auch das Sperrkonto für ausländische Studierende. Sie stellt einen nicht zu
47 unterschätzenden bürokratischen Aufwand für die Ausländerbehörden und ausländischen
48 Studierenden dar. Außerdem sind damit für Letztere nicht unerhebliche, finanzielle Kosten
49 verbunden. Das Ziel vieler Kommunen ist aber nach wie vor, die bereits bestehende
50 Bürger*innenfreundlichkeit der Ausländerbehörden weiter zu fördern und sie zu einer
51 Willkommensbehörde weiterzuentwickeln. Die formalen Belastungen für ausländische
52 Studierende und Wissenschaftler*innen sollte dafür weiter abgebaut werden. Bereits jetzt gibt
53 es in mehreren Kommunen Bestrebungen, das Sperrkonto abzuschaffen. Allerdings gibt es
54 dazu einige rechtliche Bedenken, die zu einer größeren Vorsicht bei der Interpretation der
55 entsprechenden Rechtsnormen führt. Das Argument, ausländische Studierende vor finanziellen
56 Engpässen zu schützen, ist angesichts der Tatsache, dass ausländische Studierende in
57 Deutschland kein Recht auf den Bezug von Sozialleistungen haben, nachvollziehbar. Dies
58 muss bei der Gestaltung der Regelungen zum Finanzierungsnachweis in jedem Fall
59 berücksichtigt werden. Eine rechtliche Klärung über die Möglichkeit von alternativen
60 Finanzierungsnachweisen beispielsweise in Form von Kontoauszügen, Gehaltsabrechnungen
61 und Arbeitsverträgen, wäre hier sinnvoll. Maßgeblich ist dabei, dass der*die ausländische
62 Studierende eine, den bisherigen Beträgen entsprechenden Finanzierung der eigenen
63 Lebenshaltungskosten nachweisen kann. Eine Abkehr vom Sperrkonto würde nicht nur einen
64 erheblichen Bürokratieabbau bedeuten, sondern auch den wiederkehrenden Problemen, die
65 durch ausländische Studierende seit Jahren angeführt werden, Rechnung tragen. Im letzten
66 Jahr wurde ein großer Fall von unzulässig eingerichteten Sperrkonten bekannt. Zahlreichen
67 ausländischen Studierenden wurden unerlaubt angebotene Sperrkonten eingerichtet, die
68 kurzfristig rückabgewickelt werden mussten. Dies führte zu erheblichen finanziellen Problemen
69 für diese Studierenden, da sie für eine längere Zeit absolut keinen Zugang zu ihren
70 Ersparnissen hatten. Der Bundesverband ausländischer Studierender kritisierte diese
71 "unlauteren Geschäfte" und sprach sich bereits zuvor generell gegen das Sperrkonto aus.⁴⁵

72
73 Das Sperrkonto wird von ausländischen Studierenden als Bevormundung über die eigene
74 finanzielle Selbstbestimmung angesehen. Die Verfügung über das Eigentum der Studierenden,
75 wird ihnen entzogen. In die Kritik fließt oft der Aspekt einer Diskriminierung ausländischer
76 Studierender aus Drittstaaten ein. Der Pflicht zum Nachweis ausreichender Finanzmittel hat für
77 ausländische Studierende zwar nach wie vor Bestand, doch war durch Änderungen der
78 Vorgaben durch die Landes- und Bundesregierung eine Absenkung des Betrages und
79 Erleichterung der Vorgaben im Rahmen der COVID-19 Pandemie möglich. Es sei zu
80 beobachten, ob diese zeitweise Umstellung zur erhöhten Abbrüchen aus finanziellen Gründen
81 bei ausländischen Studierenden geführt hat und wie dies alternativ zu der Pflicht zum

³ Vgl. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2015/06/SVR-FB_Zugangstor_Hochschule.pdf

⁴ Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/wissen/durch-unzulaessige-sperrkonten-geprellt-auslaendische-studierende-warten-auf-ihr-geld/27469698.html>

⁵ Vgl. <https://bas-ev.de/auf-ruf-zur-kundgebung-wider-die-ausbeutung-auslaendischer-studierender/>

82 Sperrkonto gelöst werden kann. Die pandemiebedingte Änderung der Vorgaben macht deutlich,
83 dass eine dauerhafte Lösung in diese Richtung ermöglicht werden kann.

84

85 Schließlich sei die derzeitige, alternativlose Verpflichtung zum Sperrkonto dafür verantwortlich
86 zu machen, dass es nur denjenigen ausländischen Studierenden möglich ist, in Deutschland
87 studieren zu können, die einen Betrag von über Zehntausend Euro vorab leisten können. Ein
88 Betrag, der für die meisten Ländern des globalen Südens, eine Zugehörigkeit zur (oberen)
89 Mittelschicht voraussetzt. Im Sinne der internationalen Solidarität, der entwicklungspolitischen
90 Grundsätze und dem Gedanken für die Gleichheit ist dies aus sozialdemokratischer Sicht ein
91 kaum tragbarer Zustand.

92

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: SG 01

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Bundeseinheitlicher SMS-Notruf

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1
2 Es soll ein bundeseinheitlicher SMS-Notruf geschaffen werden, der ähnlich des Polizeinotrufes
3 110 bundesweit genutzt und damit zum Absenden von Notrufen verwendet werden kann, wenn
4 der*die Hilfesuchende keine Möglichkeit zum Telefonieren hat.

5
6
7 Begründung:

8
9 Nicht in allen Notlagen können Hilfesuchende telefonieren. Das kann zum Beispiel daran liegen,
10 dass der*die Hilfesuchende stumm ist oder durch eine Verletzung im Halsbereich nicht
11 sprechen kann. Ein weiterer wichtiger Anwendungsbereich ist der der Zivilcourage in
12 geschlossenen Räumen, wie zum Beispiel Straßenbahnen. Hier können Menschen, die in
13 bedrohlichen Situationen aus Angst oder anderen Gründen nicht direkt und persönlich
14 einschreiten können, nicht Hilfe rufen, ohne auf sich aufmerksam zu machen und sich dadurch
15 unter Umständen in Gefahr zu bringen. Ein schriftlicher Notruf per SMS allerdings bietet diese
16 Möglichkeit. Damit die Anwendbarkeit so einfach wie möglich ist, sollte auch hier eine
17 bundeseinheitliche Nummer eingerichtet werden, die über die Leitstellen sodann die Nachricht
18 an die zuständigen Stellen weiterleitet.

19
20 Aktuell gibt es für hör- oder sprachbehinderte Menschen in Deutschland lediglich die
21 Möglichkeit den Notruf per Fax zu erreichen sowie seit März 2019 über die App „InstantHelp“.
22 Beide sind jedoch für die schnelle, barrierefreie Nothilfe wenig bis gar nicht geeignet.

23
24
25

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: SG 02

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Durchführung einer bundesweiten Aufklärungskampagne zu Unterleibsschmerzen und Endometriose

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1 Jede Form von chronischem und zyklischem Schmerz muss durch die Endometriosebetroffenen
2 und das soziale Umfeld als Warnsignal erkannt und durch Fachärzt*innen angemessen
3 untersucht und behandelt werden.
4 Deswegen bedarf es einer bundesweiten Aufklärungskampagne zum Themenbereich
5 Menstruationsbeschwerden und Endometriose. Die Umsetzung der Kampagne erfolgt sowohl
6 über die klassischen Werbewege, wie Plakate und Flyer, als auch digital, beispielsweise über
7 die Social Media-Auftritte des Ministeriums und die Einführung eines bundesweiten jährlichen
8 Aktionsmonats zu Endometriose ab dem Jahr 2022.
9 Zur Finanzierung der Maßnahmen soll ein jährlicher Etat für die Aufklärung von Endometriose
10 für die „Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung“ durch das Bundesministerium für
11 Gesundheit eingeführt werden. Dieser Etat soll als Untertitel des Haushaltstitels
12 „Gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung“ geführt werden.
13
14
15

16 **Begründung:**

17
18 Endometriose ist die zweithäufigste gynäkologische Erkrankung in Deutschland. Laut dem
19 aktuellen Frauengesundheitsbericht des Robert Koch-Instituts leidet eine von zehn Frauen an
20 Endometriose.
21 Mit circa zwei Millionen Erkrankten und jährlich etwa 40.000 Neudiagnosen ist Endometriose
22 damit in der Gruppe der Endometriosebetroffenen doppelt so häufig vertreten wie Typ-II
23 Diabetes. Bei Endometriose wächst gebärmutterschleimhautähnliches Gewebe (sog.
24 Endometriose-Herde) außerhalb der Gebärmutter, beispielsweise an Eierstöcken, im
25 Beckenraum, an Darm oder Bauchfell. In manchen Fällen treten Endometrioseherde auch
26 außerhalb des Bauchraums im gesamten Körper auf.
27 Herde können zyklisch bluten, weiterwachsen und sich entzünden sowie Verklebungen in
28 betroffenen Körperregionen verursachen.
29 Zu den Symptomen der Erkrankungen zählen zum einen extrem starke zyklusabhängige
30 Unterleibsschmerzen, die es den Endometriosebetroffenen teils unmöglich machen einer
31 produktiven Beschäftigung nachzugehen. Neben weiteren Symptomen wie Schmerzen beim
32 Geschlechtsverkehr, bei gynäkologischen Untersuchungen, beim Stuhlgang oder Urinieren und
33 Blutungen aus Blase und Darm leiden Endometriosebetroffene vermehrt unter ungewollter
34 Kinderlosigkeit.
35 Die Bagatellisierung und Stigmatisierung von Menstruationsbeschwerden in der Gesellschaft
36 führt zu unverhältnismäßig langen Diagnosezeiten, verzögerten Behandlungen und psychischem

37 Stress für Endometriosebetroffene.
38 Es ist unvorstellbar, dass Mädchen und jungen Frauen auch heute noch erklärt wird, dass
39 Menstruationsschmerzen normal und kein Grund zur Sorge seien und gleichzeitig bei jeder
40 anderen Art von regelmäßigen Schmerzen ein Arztbesuch empfohlen wird.

41
42
43

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf

Antrag: SG 03

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Neue Unterhaltsberechnung bei Jugendlichen mit
Dazuverdienst

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass ein Nebenverdienst von Jugendlichen, die sich in der schulischen Ausbildung
2 befinden, nicht mehr bei Dritten (z.B. Kindesunterhalt) angerechnet wird.
3
- 4 Begründung:
5
- 6 Minderjährige Schülerinnen und Schüler dürfen neben ihrer schulischen Ausbildung einer
7 bezahlten Nebentätigkeit nachgehen. Für Jugendliche, deren Eltern getrennt leben, lohnt sich
8 dies jedoch kaum, denn ihr erzieltes Nebeneinkommen wird mit dem Elternunterhalt verrechnet.
9 Dies trifft zwar auch Jugendliche von zusammenlebenden Eltern zu, jedoch handelt es sich
10 hierbei nicht Kindesunterhalt, was an den jeweils „erziehenden“ Elternteil gezahlt wird, wie es
11 bei getrennten Eltern der Fall ist. So können bei einem Zuverdienst von 300€, ca. 130€ von
12 dem Unterhalt des zu zahlenden Elternteils abgezogen werden (40€ Aufwandspauschale + die
13 Hälfte des Restverdienst = Anrechnungsfreies Einkommen). Auf diesen Unterhalt können viele
14 Alleinerziehende nicht verzichten, da gerade sie und ihre Familien besonders häufig von Armut
15 betroffen sind. Laut dem paritätischem Wohlfahrtverband sind 20,5% aller in Deutschland
16 lebenden Kinder und Jugendliche von Armut betroffen. Wenn der Dazuverdienst von
17 Jugendlichen an den Unterhalt angerechnet wird, hat dies zur Folge, dass gerade Jugendliche,
18 welche bei einem alleinerziehenden Elternteil leben, des Öfteren ihr Taschengeld nicht
19 aufbessern können, um ihre Lebenssituation zu verbessern. Deswegen brauchen wir eine
20 Änderung des Unterhaltsrechts, um die Situation von Jugendlichen, vor allem aber derer, die
21 von Armut betroffen sind, zu verbessern.
22 Des Weiteren führt dies zu einer Ungleichheit zwischen Jugendlichen von getrennten und
23 zusammenlebenden Eltern. Diese können in einem geringfügigen Verhältnis angestellt werden,
24 ohne dass ihnen ihr Gehalt indirekt abgezogen wird. Die Eltern dürften dies zwar „anrechnen“
25 (in Form von Sachleistungen oder Taschengeld) tun es aber, verständlicherweise, eher selten.
26 Damit alle Jugendliche, aller Schichten, mehr Gleichheit erfahren und auch leben, brauchen wir
27 eine Veränderung des Unterhaltsrecht in Punkto Anrechnung des dazu Verdiensts von
28 Schülerinnen und Schülern.
29
30
31

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: SG 04

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landesvorstand, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Recht auf geschlechterspezifische Pflege

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1 Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten, eine Änderung des hessischen Gesetzes über
2 Betreuungs- und Pflegeleistungen (HGBP) herbeizuführen, mit der ein Anspruch auf
3 geschlechtsspezifische und gendersensible Pflege in stationären Pflegeeinrichtungen
4 sichergestellt wird.
5

6 Der Landesvorstand wird ersucht, das Ziel eines entsprechenden Rechts auf
7 geschlechtsspezifische Pflege in seinen Entwurf für ein Landtagswahlprogramm 2024
8 aufzunehmen.
9

10 Die SPD-Bundestagsfraktion wird gebeten, eine Änderung des Sozialgesetzbuchs XI
11 Pflegeversicherung herbeizuführen, mit der ein Anspruch auf geschlechtsspezifische und
12 gendersensible Pflege im ambulanten und in stationären Bereich der Pflege hergestellt und
13 wirtschaftlich abgesichert wird. Damit ist sicherzustellen, dass dadurch keine Verschärfung des
14 Fachkräftemangels im Pflegebereich eintritt.
15

16 **Begründung:**

17 Die Individualität der zu Pflegenden und eine an biografisch geprägten Vorstellungen orientierte
18 Pflege macht unter anderem eine Sensibilität für spezifische Bedürfnisse von Pflegebedürftigen
19 erforderlich. Darunter gehören auch genderspezifische Aspekte. Die gendersensible
20 Perspektive betrifft alle Bereiche des Gesundheitssystems, insbesondere die Pflege und
21 Physiotherapie. Sie kann zu einer individuelleren Versorgung der Bevölkerung und damit zu
22 einer verbesserten Qualität beitragen. Dabei sollte man nicht auf die Forderung einer
23 geschlechterspezifischen Pflege beschränkt bleiben. Um Genderfragen erfolgreich zu
24 bewältigen, sind strukturelle Veränderungen in der Ausbildung eine Voraussetzung für
25 alltägliche Gendersensibilität in den Pflegeeinrichtungen. Selbst wenn einzelne Fachkräfte
26 bereit sind, gendersensible Maßnahmen zu ergreifen, lassen sich bestehende Einstellungen
27 und etablierte Pflegemuster nicht leicht ändern. Um die Gendersensibilität in der
28 Gesundheitspraxis zu fördern, ist ein langfristiger und strukturorientierter Ansatz notwendig.
29

30 Am Beispiel einer Befragung zum aktuellen Stand der Integration von Aspekten der
31 Gendersensibilität in Rahmenlehr- und Ausbildungsrahmenpläne, Ausbildungskonzepte und
32 Lernzielkataloge für Beschäftigte im Gesundheitswesen wurde festgestellt, dass es insgesamt
33 große Bemühungen gibt, das Thema in die Curricula zu integrieren. Zwei Drittel der befragten
34 Einrichtungen haben allerdings lediglich einzelne Lehrveranstaltungen in die Pläne integriert.
35 Eine systematische Integration der Inhalte wäre notwendig, um eine qualitativ hochwertige
36 therapeutische Versorgung zu fördern.
37

38 Im Auftrag des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend wurde bereits
39 im Jahr 2002 ein Rechtsgutachten zur Frage des Wunsches nach Pflegepersonen des eigenen
40 Geschlechts, erstellt. Es befasst sich erstmals eingehend und umfassend mit den rechtlichen
41 Rahmenbedingungen über das in der Verfassung verankerte Recht pflegebedürftiger Menschen
42 auf den staatlichen Schutz ihrer Würde und Selbstbestimmung. Dabei kommt dieses zum
43 Ergebnis, dass nicht nur auf der Grundlage einfachgesetzlicher Leistungsrahmen, der Wunsch
44 nach einer geschlechterspezifischen Pflege berücksichtigt werden kann. Vielmehr sei auch
45 aufgrund verfassungsrechtlicher Vorgabe, dem Wunsch- und Wahlrecht im Bereich der
46 Pflegeversicherung (§ 2 SGB XI) und mit Hinzunahme des Individualisierungsprinzip der
47 Sozialhilfe (§ 3 BSHG) ein Recht auf geschlechterspezifische Pflege argumentierbar. Die dabei
48 entstehenden Mehrkosten, die vom Träger der Pflegeversicherung und der Sozialhilfe zu
49 übernehmen sind, müssen dem Prinzip der Angemessenheit entsprechen. Entscheidend ist die
50 staatliche Schutzpflicht des Intimbereichs pflegebedürftiger Menschen, zumindest in den Fällen,
51 in denen diese Schutzpflicht bei der Leistungserbringung zum Tragen kommt.
52 Das `Selbstbestimmungsrecht und das Individualisierungsprinzip´ sei - so das Ergebnis des
53 Gutachtens - „verfassungskonform dahingehend auszulegen, dass jedenfalls bei Leistungen,
54 die in den Intimbereich der Betroffenen eingreifen, der Wunsch nach Pflegekräften des eigenen
55 Geschlechts nicht abgelehnt werden darf.“¹⁴

56
57 Frauen stellen nach wie vor, sowohl in der privathäuslichen als auch in der beruflichen Pflege
58 die deutliche Mehrheit dar. Dies gilt insbesondere in der körpernahen Pflege Tätigkeit. Es könnte
59 einen Hinweis darauf geben, dass die Umsetzung eines Rechts auf geschlechterspezifische
60 Pflege zumindest im Falle der Frauen einfacher umsetzbar ist. Im Falle der Männer wäre
61 allerdings ein gewisser Personalaufwand denkbar. Dabei hängt der Aufwand in beiden Fällen
62 von der Nachfrage auf geschlechterspezifische Pflege ab. Die Bedürfnisse von FLINTA
63 (Frauen, Lesben, Inter, Nichtbinäre, Trans, Agender) sollen bei der Erarbeitung des Konzepts
64 im besonderen Maße berücksichtigt werden. Die Entwicklung von gendersensibler Pflege ist
65 unabdingbar um stereotypierten Geschlechtervorstellungen in Einrichtungen entgegenzuwirken.
66 Damit verbunden sind soziokulturelle konstruierte Rollenbilder, die die Personen aufgrund ihres
67 Geschlechts klassifizieren und somit dafür sorgen, dass in der täglichen Praxis, die Pflege nicht
68 anhand der Bedürfnisse der Personen, sondern anhand von gesellschaftlich konstruierten
69 Rollenbildern und deren Zuschreibungen erfolgt.

70
71 Bereits 2018 forderte der Paritätische Wohlfahrtsverband und das Hessische Koordinationsbüro
72 für Frauen mit Behinderung einen Anspruch auf eine gleichgeschlechtliche Pflegekraft. Frauen
73 in Hessen sollen wenn gewünscht von Frauen gepflegt werden. Dieser Rechtsanspruch soll
74 generell gelten - also auch für männliche Pflegebedürftige. Nach Auffassung des Paritätischen
75 Wohlfahrtsverbandes müsse stärker auf die besonders häufig auftretende Gewalt gegen Frauen
76 mit Behinderung eingegangen werden. Drei von Vier Frauen mit Behinderung sind von Gewalt
77 betroffen.

78 Diese doppelten Diskriminierung muss stärker in den Fokus genommen werden. Eine hessische
79 Initiative, um dies auf Bundesebene zu Regeln, wäre wünschenswert.

80

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf

Antrag: SG 05

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag; SPD-Bundesparteitag

Betr.: Regelungen zur künstlichen Befruchtung ins 21. Jahrhundert holen

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

- 1 1. Es ist zu prüfen, ob die vollständige Kostenübernahme aller Behandlungen zur künstlichen
2 Befruchtung durch die gesetzlichen Krankenkassen, sofern diese für medizinisch notwendig
3 erachtet werden, vorgenommen werden kann.
- 4 2. Den uneingeschränkten Zugang eines gebärfähigen Menschen zu allen
5 Behandlungsschritten der künstlichen Befruchtung, unabhängig von Beziehungsstatus, Alter
6 oder Familienstand. Alleine die ärztliche Einschätzung sollte hier eine Rolle spielen. Gleichzeitig
7 soll die Beschränkung der höchsten übernommenen Versuche künstlicher Befruchtungen
8 aufgehoben werden, und auch hier durch eine ärztliche Einschätzung der individuellen Chancen
9 und Risiken ersetzt werden. Voraussetzung hierfür ist ein ärztliches Beratungsgespräch, um
10 über die Risiken und Verantwortungen aufzuklären.

11

12

13

14 Begründung:

15

16 Dank der verschiedenen Techniken der künstlichen Befruchtung ist es möglich, Paaren ihren
17 unerfüllten Kinderwunsch zu ermöglichen. Diesem Prozess geht oftmals eine lange Phase
18 aus Frustration, Versagensängsten oder Schamgefühl voraus, die viele Paare an die
19 Grenzen ihrer Belastbarkeit bringt. Eine künstliche Befruchtung ist für die Betroffenen die
20 einzige Chance, ein eigenes Kind auf die Welt zu bringen. Gleichzeitig ist der Eingriff mit
21 Kosten von mehreren tausend Euro sehr teuer, sodass die meisten auf Unterstützung durch
22 ihre Krankenkassen angewiesen sind. Die gesetzlichen Krankenkassen tragen aber oftmals
23 nur 50% der Kosten, sodass es sich Menschen aus weniger wohlhabenden Verhältnissen
24 eventuell schlicht nicht leisten können, ein Kind zu zeugen. Außerdem wird die Behandlung
25 von GKVen nur unterstützt, sofern das betroffene Paar verheiratet ist. Die aktuelle
26 Gesetzgebung sorgt damit dafür, dass nicht alle Personen gleichermaßen Zugang zu der
27 Behandlung für eine künstliche Befruchtung erhalten. Klar ist: Eine künstliche Befruchtung
28 darf keine Frage des Geldbeutels sein und eine Heirat ist kein Maßstab dafür, wie geeignet
29 ein Paar ist, ein gemeinsames Kind zu bekommen.

30

31

32

33

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: SG 07

Antragsteller: AG 60plus-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Parteivorstand

Betr.: Abschaffung der Beitragsbemessungs- und Pflichtgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und Pflegeversicherung (GPV)

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion und der SPD-Parteivorstand werden aufgefordert, bei einer
- 2 Gesundheitsreform die Abschaffung der Beitragsbemessungs- und Pflichtgrenze der GKV und
- 3 GPV zu berücksichtigen.
- 4
- 5 Weiterhin sind alle Einkommensarten in die Berechnungen einzubeziehen.
- 6
- 7 In einem ersten Schritt ist die Versicherungspflichtgrenze in der GKV und GPV, nach der
- 8 ArbeitnehmerInnen diesen Versicherungen angehören müssen, auf die entsprechende Höhe
- 9 der Gesetzlichen Rentenversicherung anzuheben.
- 10
- 11 **Begründung:**
- 12
- 13 Leider konnte sich erneut die SPD in Koalitionsverhandlungen nicht auf eine
- 14 Bürgerversicherung mit den Koalitionspartnern einigen. Eine Anhebung der Pflichtgrenzen und
- 15 Einbeziehung aller Einkunftsarten würde zu mehr Gerechtigkeit und Einnahmen der GKV und
- 16 PKV führen. Außerdem würde die Zahl der Wechsler von der GKV und PKV in die Private
- 17 Kranken- und Pflegeversicherung reduziert.
- 18
- 19 Derzeit verlassen insbesondere junge, gesunde ArbeitnehmerInnen diese bei-den
- 20 Sozialversicherungen. Kranke können es sich nicht leisten, auf sie zu verzichten und sich privat
- 21 zu versichern. Eine Chancen- und Gerechtigkeitsgleichheit ist somit nicht gegeben. Solidarität
- 22 im Gesundheitswesen sollte nicht bei einem bestimmten Einkommen enden.
- 23
- 24 Volkswirtschaftlich würde die Anhebung der Beitragsbemessungs- und Pflicht-grenzen einen
- 25 positiven Effekt erzielen:
- 26
- 27 Verwaltungs- und Werbekosten liegen in der Privaten Krankenversicherung (PKV) wesentlich
- 28 höher als bei der GKV, somit wird unproduktives Kapital gebunden.
- 29
- 30 Die Aufhebung der Beitragsbemessungs- und Pflichtgrenzen sowie die Einbeziehung aller
- 31 Einkunftsarten würde so viel Geld in das System bringen, dass die Beiträge erheblich gesenkt
- 32 werden könnten. Dies würde gerade die lohnintensiven Arbeitsbereiche erheblich entlasten und
- 33 zu mehr Arbeitsplätzen führen, zumal die kleinen und mittleren Betriebe, die vor allem die

34 meisten Arbeitsplätze besonders in den unteren Lohnsegmenten zur Verfügung stellen,
35 erheblich entlastet würden.
36

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: SG 08

Antragsteller: AG 60plus-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Parteivorstand

Betr.: Lesbarkeit der Beipackzettel von Medikamenten

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert durch eine gesetzliche Regelung sicherzustellen,
2 dass die Beipackzettel von Medikamenten durch die Pharmaindustrie in einer „leichte Sprache“
3 für die Patientinnen und Patienten, verfasst und durch ein größeres Druckbild besser lesbar
4 gemacht werden.

5

6 Begründung:

7

8 Viele Verbraucher - insbesondere Seniorinnen und Senioren - werden durch die medizinische
9 Fachterminologie verunsichert und können teilweise die kleinen Schriften auf den
10 Beipackzetteln nicht lesen.

11

12 Das führt dazu, dass Patienten häufig verunsichert sind und die für eine sinn-volle Therapie
13 erforderlichen Medikamente teilweise nicht nutzen, wodurch der Heilerfolg ausbleibt oder
14 zumindest behindert wird.

15

16 So werden jährlich unzählige Medikamente vernichtet.

17

18 Für die Krankenkassen bedeutet dies jährlich mehrere Milliarden Euro Verlust. Für die
19 betroffenen Patienten mehr Schmerzen, Verschlechterung des Gesundheitszustandes und
20 Beeinträchtigung des Heilerfolges sowie für die Um-welt höhere Schadstoffbelastungen.

21

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf

Antrag: SG 09

Antragsteller: AG 60plus-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Parteivorstand

Betr.: Ausbau digitaler Unterstützungsstrukturen für Ältere

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Die Bundes- und Landtagsfraktionen werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass
2 verbindliche Rahmenbedingungen zum Ausbau digitaler Unterstützungsstrukturen für ältere
3 Menschen, besonders in Alten- und Pflegeheimen, geschaffen werden. Für die älteren
4 Menschen, die nicht mehr mit den neuen Medien zurechtkommen, ist eine Unterstützung durch
5 geeignetes Fachpersonal unabdingbar, das neben dem Pflegepersonal tätig werden muss.
6 Hierfür sind die entsprechenden Mittel und Zeit zur Verfügung zu stellen. Für die Unterstützung
7 Älterer bei der Nutzung des Internets ist dafür ausgebildetes zusätzliches Personal
8 bereitzustellen.
9
- 10 **Begründung:**
- 11
- 12 Es wird zu Recht darauf hingewiesen, dass die Ausstattung der Schulen, Lehrkräfte und
13 Schüler mit digitalen Kommunikationsmitteln viel zu lange vernachlässigt wurde.
14
- 15 Es gibt aber noch eine zweite Gruppe, die diesbezüglich nach wie vor völlig vernachlässigt
16 wurde und wird.
17
- 18 In zahlreichen Alten- und Pflegeheimen gibt es nicht einmal einen WLAN-Anschluss, wodurch
19 diejenigen Älteren, die etwas mit den neuen Medien anfangen können, zumindest teilweise der
20 Corona bedingten „Zwangsisolierung“ entfliehen könnten. Auch die verstärkt aufkommende
21 digitale Kommunikation grenzt Ältere ohne digitale Möglichkeiten vom gesellschaftlichen Leben
22 weiter aus.
23
- 24 Die Sachverständigenkommission zur Erstellung des Achten Altenberichts widmet sich in ihrem
25 Positionspapier der Unterstützung Älterer durch die Digitalisierung, was durch die Corona-Krise
26 besondere Bedeutung erlangt hat. Diese Empfehlung der Sachverständigenkommission sollte
27 schnellstmöglich umgesetzt werden.
28
- angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: AuE 01

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Keine WM zum Preis von Menschenleben: Fußball-WM in Katar boykottieren

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1 Wir als SPD-Bezirk Hessen-Nord lehnen die WM in Katar ab und werden dieser keine
2 Aufmerksamkeit schenken!

3

4

5

6

7

Begründung:

8

Erfolgt mündlich!

9

10

11

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf

Antrag: EU 01

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Vermeidung von Leerflügen

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1 Die rechtlichen Rahmenbedingungen der Europäischen Union werden dahingehend geändert,
2 dass der Einsatz von Leerflügen zur Erhaltung von Start- und Landerechten an einem
3 bestimmten Flughafen untersagt wird. Bei einer Neufassung der Vorschriften für Start- und
4 Landerechte sind die tatsächlichen Passagierzahlen bzw. Auslastungen (Zahlen aus
5 Vergangenheit/Gegenwart und ggf. darauf aufbauende Prognosen) von Flugzeugen als
6 maßgebender Faktor zu berücksichtigen. Für besondere, zu bezeichnende
7 Ausnahmesituationen (bspw. pandemische Lagen) sind Regelungen zu treffen, die – im
8 Zweifelsfall – für den Erhalt von Start- und Landerechten sorgen können, ohne dabei aber
9 Leerflüge nötig zu machen bzw. zu gestatten.

10
11 **Begründung:**

12
13 In Zeiten der Covid-Pandemie kam es über mehrere Monate zu der Situation, dass
14 Fluggesellschaften zahlreiche Flüge mit sehr niedriger oder gar keiner Passagierauslastung
15 durchführten, um ihre Start- und Landerechte an diversen europäischen Flughäfen zu erhalten
16 (teilweise werden 18.000 angenommen)¹. Macht eine Fluggesellschaft von ihren Rechten durch
17 tatsächlich durchgeführte Starts und Landungen keinen Gebrauch, können diese verfallen.
18 Zwar ermöglichte die EU zwischenzeitlich, dass nur ein Teil der geforderten Starts und
19 Landungen wirklich stattfinden musste, dennoch wurde das Erfordernis nicht vollständig
20 abgeschafft².

21 Auch wenn die Pandemie ab 2020 eine unvorhergesehene und plötzliche Veränderung
22 bedeutet hat, sollte für die Zukunft – selbst wenn wieder eine vergleichbare Lage eintreten
23 würde – die Situation vermieden werden, dass leere oder fast leere Flüge nur zum Erhalt der
24 Start- und Landerechte durchgeführt werden können und müssen. Weder deckt sich dies mit den
25 hohen, selbst gesteckten Klimazielen der Europäischen Union (vgl. etwa European Green
26 Deal), noch liegt es im Eigeninteresse der Fluggesellschaften, da massive logistische und
27 finanzielle Kapazitäten gebunden werden.

28 Unberührt bleibt das Ziel, den Flugverkehr insgesamt zu reduzieren.

29

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

¹ https://www.zeit.de/green/2022-01/slot-regeln-leerfluege-lufthansa-volker-wissing?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.startpage.com%2F

² <https://www.tagesspiegel.de/politik/luftnummer-leerfluege-es-ist-komplizierter-als-die-lufthansabehauptet/27981560.html>

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: FE 01

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Sonderstatus für sog. Ortskräfte bei Auslandseinsätzen

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

- 1
- 2 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass den in Afghanistan verbliebenen
- 3 Ortskräften und ihren Familien schnellstmöglich eine sichere Ausreise aus Afghanistan
- 4 ermöglicht wird. Auch über zivile Flüge vom Hamid Karzai Flughafen in Kabul.
- 5
- 6 Die SPD soll sich darüber hinaus für eine dauerhafte Lösung für Ortskräfte bei allen
- 7 Auslandseinsätzen stark machen und dafür sorgen, dass die Bundesrepublik Deutschland die
- 8 Nachsorge für Ortskräfte als gesicherten Teil der Exitstrategien für Auslandseinsätze einplant.
- 9
- 10 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass der bisher von den zuständigen
- 11 Ministerien definierte Personenkreis der Ortskräfte auf Personen ausgeweitet wird, deren
- 12 Tätigkeit für die Bundeswehr länger als zwei Jahre zurückliegt. Außerdem sollen auch
- 13 Ortskräfte, die für Subunternehmen gearbeitet haben, in diesen Personenkreis aufgenommen
- 14 werden.
- 15
- 16 Die SPD-Bundestagsfraktion soll den Kreis der „akut schützenswerten Personen“ auf
- 17 Künstler*innen, Journalist*innen, LGBTIQ+ Personen, afghanische Mitarbeiter*innen von NGOs
- 18 und Institutionen der Regierung und auf weitere von den Taliban als „Verräter*innen“
- 19 gebrandmarkten und gefährdeten Gruppen erweitern.
- 20
- 21 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass mittelfristig sichere Fluchtrouten
- 22 nach Europa eingerichtet werden. Jeder Person, die das Recht auf ein Asylfahren hat, soll auch
- 23 ermöglicht werden, nach Deutschland einzureisen.
- 24
- 25 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass die Nachbarstaaten von
- 26 Afghanistan finanziell ausreichend ausgestattet werden, um ein würdevolles Leben mit
- 27 ausreichender Versorgung alltäglicher Dinge zu ermöglichen. Situationen größter humanitärer
- 28 Krisen, wie auf Moria, sollen um jeden Preis verhindert werden.
- 29
- 30 Die SPD soll sich dafür einsetzen, dass grundsätzlich mehr Geflüchtete aus Afghanistan nach
- 31 Deutschland einreisen dürfen. Die Kapazitäten und die Bereitschaft der Bevölkerung existieren.
- 32
- 33 Die SPD soll Abschiebungen nach Afghanistan - jeglicher Form - kategorisch ausschließen,
- 34 solange die Taliban die Machthaber des Landes sind.
- 35
- 36

37
38 Begründung:
39
40 Vorab: Als sozialistischer Jugendverband fühlen wir uns als Jusos dem Frieden verpflichtet.
41 Internationale Konflikte sollen mit Dialog und Diplomatie bewältigt werden, internationale
42 Partnerschaften zwischen Staaten sollen zu einem friedlichen Miteinander beitragen.
43
44 Seit mehreren Jahren arbeiten Afghanische Mitarbeiter*innen als sogenannte Ortskräfte für die
45 Bundeswehr in Afghanistan. Sie sind überwiegend als Übersetzer*innen oder ortskundige
46 Helfer*innen tätig. Deutschland hat sich mit dem Versprechen nach Stabilität in Afghanistan
47 engagiert. Dieses Versprechen war der Grund für den Einsatz und seine mehrmalige
48 Verlängerung. Gerade dieses Versprechen wurde auch den Afghanen, insbesondere den
49 Mitarbeiter*innen im Auftrag der Bundeswehr, immer wieder gegeben.
50
51 Durch den beschlossenen, schrittweisen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ist allerdings
52 ein großes Problem für diese Menschen entstanden. Angesichts des Abzugs aus Afghanistan
53 und der ungeklärten (Sicherheits-) Lage dieser Mitarbeiter*innen und ihrer Familien, fühlen
54 diese sich im Stich gelassen. Während die Taliban immer stärker werden, steigt die Angst vor
55 einer Vergeltung für diese als „Verräter*innen“ gebrandmarkten afghanischen Mitarbeiter*innen.
56
57 Auch wenn Innenminister Seehofer angekündigt hatte, dass ein Kontingent von 1500
58 Ortskräften aus Afghanistan eine Einreise nach Deutschland ermöglicht werden soll, herrscht
59 große Verwirrung darüber, wie dieses Verfahren vonstattengehen soll und an welche Stellen
60 sich Betroffene wenden können. Darüber hinaus ist zu bezweifeln, ob das festgelegte
61 Kontingent überhaupt ausreichend ist, um alle Ortskräfte in Sicherheit nach Deutschland zu
62 bringen. Nach über 35 Flügen aus Kabul wurden 5347 Menschen ausgeflogen, darunter gerade
63 mal 138 Ortskräfte. Nun soll die Evakuierung auf dem Landweg vonstattengehen – Aber auch
64 hier gibt es noch keine genauere Planung.
65
66 Die Mitarbeiter*innen waren die Augen und Ohren der Bundeswehr, waren als
67 Übersetzer*innen tätig und haben Stimmungsschwankungen in der Bevölkerung weiter-
68 gegeben. Ohne diese Mitarbeiter*innen wäre der Bundeswehreininsatz in Afghanistan so nicht
69 möglich gewesen. Deutschland ist ihnen schuldig, das gegebene Versprechen zu erfüllen: „Wir
70 lassen euch nicht zurück!“ sollte die Botschaft an diese Mitarbeiter*innen sein.
71
72 Und dies sollte als Recht festgehalten werden. Denn hier spielt sich ein Präzedenzfall für
73 weitere Auslandseinsätze ab. Wenn über Einsätze in Mali, Somalia oder ähnliche Länder
74 gesprochen wird, dann muss klar sein, dass die Bevölkerung und insbesondere die
75 Unterstützer*innen nicht zu Schaden kommen dürfen. Wir müssen daher - ganz unabhängig wie
76 Bundeswehreinsätze prinzipiell bewertet werden - jetzt festhalten, dass alle Ortskräfte auch
77 nach den Einsätzen in Sicherheit leben können. Die von Innenminister Seehofer kurzfristig
78 eingerichtete Lösung ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, da sie die viel zu knappe
79 „Zwei Jahres Frist“ für Anträge auf Ausreise nach Deutschland fallen gelassen hat. Dennoch ist
80 sie weiterhin nicht praktikabel, da Ortskräfte nicht proaktiv kontaktiert und ausgeflogen werden,
81 sondern selbst für ihre Ausreise sorgen müssen und nicht selten den Ausreiseweg über
82 Pakistan beschreiten müssen. Doch selbst wenn es die Mitarbeiter*innen schaffen, Flüge nach
83 Deutschland zu buchen, ist bereits der Weg zum Flughafen in Kabul nicht nur eine große
84 Herausforderung, sondern auch lebensgefährlich. Die Anschläge am Kabuler Flughafen haben
85 sowohl die prekären Zustände am Flughafen verdeutlicht, als auch die dringende Notwendigkeit
86 einer schnellen unbürokratischen Lösung zur Evakuierung der Ortskräfte.
87
88 Es ist akut notwendig, dass diese Ortskräfte im Abzugsfall sofort ausgeflogen werden, denn es
89 droht, dass diese Mitarbeiter*innen aufgrund der unzureichenden und unpraktischen Lösung mit
90 Leib und Leben bezahlen. (Zitat: „Einen Dolmetscher zu töten ist für die Taliban noch wertvoller
91 als einen Soldaten umzubringen“ ProAsyl) Eine langfristige Lösung mit dem Ziel Ortskräfte und
92 ihre Familien großzügig und wenig bürokratisch aufzunehmen, ist notwendig. Darin enthalten

93 müssen unbedingt auch Mitarbeiter*innen sein, die für Subunternehmen im Auftrag der
94 Bundeswehr gearbeitet haben.

95

96 Quellen:

97 [https://www.dw.com/de/kritik-an-hohen-hürden-für-aufnahme-afghanischer-ortskräfte/a-](https://www.dw.com/de/kritik-an-hohen-hürden-für-aufnahme-afghanischer-ortskräfte/a-58065551)
98 58065551 (Deutsche Welle)

99

100 [https://open.spotify.com/episode/7wBaM8Jed7m9b0FkDvXpBb?si=baN6VyvxSxOir2E-](https://open.spotify.com/episode/7wBaM8Jed7m9b0FkDvXpBb?si=baN6VyvxSxOir2E-QDxhrUg&context=spotify%3Ashow%3A7vFmyZR3rDf61V69UpRXbA&dl_branch=1)
101 QDxhrUg&context=spotify%3Ashow%3A7vFmyZR3rDf61V69UpRXbA&dl_branch=1 (Podcast
102 der Süddeutschen Zeitung)

103

104 <https://www.proasyl.de/news/die-taliban-vergessen-nichts-sie-werden-sich-raechen/>

105

106 <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/ortskraefte-afghanistan-111.html>

107

108 <https://www.tagesschau.de/ausland/afghanistan/anschlag-kabul-167.html>

109

110

111

112

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: FE 02

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion,

Betr.: Für eine humane Seenotrettung von Seiten des Staates

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1
2 Wir wollen, dass sich die SPD für eine schlüssige, einheitliche und humanitäre Flüchtlingspolitik
3 einsetzt. An der momentanen Flüchtlingspolitik gibt es zu viele Baustellen: Der Flüchtlingspakt
4 mit der Türkei, die inhumanen Flüchtlingslager an den Außengrenzen der EU, sowie die
5 Sammelunterkünfte in Deutschland, bei denen auch während der Corona Krise die schlechte
6 hygienische Situation noch einmal deutlich wurde. Vor allem aber die Tatsache, dass Menschen
7 im Mittelmeer ertrinken, während die EU libysche Küstenschiffe unterstützt und das Auslaufen
8 von privaten Seenotrettern verhindert.
9 Um dem Ziel einer einheitlichen, humanen und der SPD-gerechten Flüchtlingspolitik näher zu
10 kommen, stellen wir folgende Forderungen auf:

- 11
- 12 • Die SPD sollte sich sowohl auf der nationalen als auch auf der europäischen Ebene
13 bewusst und aktiv für die Hilfe von Menschen in Seenot einsetzen. Dabei sollte sich die
14 SPD, auch in ihrer Rolle in der S&D Fraktion, langfristig für die Wiedereinführung einer
15 Seenotrettungsmission einsetzen. Vorübergehend muss insbesondere auf die Mission
16 Irini eingewirkt werden, die auch humanitären Ansprüchen genügen soll, und die
17 Zusammenarbeit mit Libyen in der Flüchtlingsthematik muss sofort beendet werden.
18
 - 19 • Ebenfalls als vorübergehende Lösung sollte sich die SPD in Deutschland in allen
20 Parlamenten, in denen sie vertreten ist, für die Unterstützung ziviler Seenotretter
21 einsetzen, und für die Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen arbeiten. Dazu zählt
22 die Aufnahme aller Geflüchteter, die von Booten unter deutscher Flagge gerettet
23 werden, sowie die finanzielle Unterstützung ziviler Seenotretter.
24

25 **Begründung:**

26
27 Es sterben regelmäßig Menschen auf dem Mittelmeer. Laut Schätzungen der UN sind seit 2014
28 19.525 Menschen auf der Mittelmeerroute gestorben oder gelten als vermisst (Stand
29 07.08.2020). Als SPD sollten wir uns für die menschenwürdige Behandlung aller Menschen
30 einsetzen, unabhängig davon, in welchem Land Menschen geboren sind. Die Tatsache, dass
31 Menschen regelmäßig auf dem Mittelmeer ertrinken, weil sie keine andere Möglichkeit sehen,
32 sich und ihre Familie zu retten, ist ein Armutszeugnis für Europa. Die SPD sollte deswegen alle
33 ihr zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um diesem Leiden soweit wie möglich ein Ende zu
34 setzen.

35 Die momentane europäische Mittelmeermission, Irini, die aktiv Routen von Geflüchteten
36 vermeidet ist keine Alternative für ein starkes und humanes Europa. Das Seerecht verlangt,
37 Ertrinkende zu retten. Die Tatsache, dass die Routen der Mission Irini so gelegt sind, dass sie

38 Flüchtlingen in Seenot soweit möglich aus dem Weg geht sendet ein starkes Signal:
39 Menschenleben werden nicht als Schwerpunkt gesetzt. Deswegen ist es insbesondere
40 verwerflich, dass die Mission Irini ihre Routen bewusst legt und verändert, um Flüchtenden
41 auszuweichen.

42 Es sei erwähnt, dass das Argument der Pull Faktoren, also, dass Menschen diese äußerst
43 gefährliche Route auf Grund von „Willkommenskultur“ oder auf Grund von
44 Seenotrettungsmissionen angehen, widerlegt ist. Menschen fliehen nicht auf unsicheren
45 Booten, in der Hoffnung auf dem Meer vor dem Ertrinken gerettet zu werden. Menschen fliehen,
46 weil dies trotz der Gefahren als bessere Alternative erscheint. So belegen Studien, dass die
47 Präsenz zivilgesellschaftlicher Seenotretter die Zahl derer, die auf der Mittelmeerroute aus
48 Libyen fliehen, nicht ernsthaft erhöht hat.

49 Die Zusammenarbeit mit Libyen in der Flüchtlingsthematik muss sofort beendet werden. In
50 libyschen Flüchtlingslagern herrschen inhumane Bedingungen vor, und die libysche
51 Küstenwache ist ebenfalls für menschenverachtende Praktiken bekannt. Das darf die EU, und
52 insbesondere die S&D Fraktion nicht weiterhin dulden oder gar unterstützen.

53 Bis es wieder eine europäische Mission gibt, muss sich die SPD dafür einsetzen, dass die
54 zivilen Seenotrettungsorganisationen, die versuchen Flüchtlinge in Notsituationen zu retten,
55 soweit wie möglich unterstützt werden. Als Sozialdemokratinnen* und Sozialdemokraten
56 erkennen wir den Einsatz bei Seenotrettungsmissionen als außerordentlich bedeutsame Tat für
57 die Zivilgesellschaft und die humanitären Werte der EU an.

58 Diese gilt es zu unterstützen, solange eine europäische humanitäre Seenotrettungsmission
59 nicht stattfindet. Die hier aufgeführten Maßnahmen sind deshalb als Überbrückung zu
60 verstehen, um schneller auf ein europäisches, wenn nicht deutsches, Seenotrettungsprogramm
61 hinzuwirken.

62 Sportboote, die zielgerichtet im Bereich des Umweltschutzes, der Seenotrettung, inklusive
63 Beobachtungsmissionen, oder anderer humanitärer Zwecke eingesetzt werden, nicht dem
64 Standard eines Berufsschiffs genügen müssen. Das bedeutet auch, dass eine
65 Berufsschiffahrtlizenz als Kapitän*in für das Fahren eines Sportboots für einen dieser Zwecke
66 nicht notwendig ist. Zudem sollte der Bund den Ausfall des Gehalts der sich im Einsatz
67 befindenden Kräfte übernehmen, sowie den Ausfall der Arbeitskraft bei Arbeitgeber*innen
68 finanziell decken. Weiter sollte der Bund die aufkommenden Gerichtskosten der
69 Seenotrettungsorganisationen, die unter deutscher Flagge fahren oder die in Deutschland
70 lebenden Personen betreffen, übernehmen, sollte ein Staat Klage gegen die Organisationen
71 oder beteiligten Personen erheben.

72 Zudem soll sich die SPD dafür einsetzen, dass Menschen, die einen langen Fluchtweg, und
73 undenkbare Umstände auf dem Mittelmeer auf sich genommen haben, eine realistische
74 Bleibeperspektive erhalten. Flüchtlinge, die von zivilen Seenotrettern unter deutscher Flagge
75 gerettet werden, sollten deswegen in Deutschland aufgenommen werden. Momentan fahren
76 folgende Schiffe unter deutscher Flagge:

- 77
- 78 • Die Seawatch3, welche seit dem 05.12.2029 fährt, und seit 2017 3000 Menschenleben
 - 79 gerettet hat
 - 80 • Mission Lifeline e.V., ein 2016 gegründeter Verein, von dem bisher mehr als 1000
 - 81 Menschen gerettet würden
 - 82 • Die Alan Kurdi des Sea Eye e.V., welche seit Beginn ihres Einsatzes im Sommer 2019
 - 83 443 Menschen gerettet hat
- 84

85 Wenn die Geretteten dieser Boote in Deutschland unter den Städten und Kreisen, welche sich
86 als sicherer Hafen erklärt haben, verteilt werden würden, müsste jeder sichere Hafen insgesamt
87 lediglich 23 Menschen aufnehmen. Dies würde keinen übermäßigen Druck auf Deutschland
88 ausüben, und bis zur Vereinbarung eines weiter reichenden inner-europäischen
89 Verteilungsschlüssels könnte es eine gute Übergangslösung darstellen.

90 Erwähnenswert ist an dieser Stelle auch, dass eine Mehrheit der Deutschen hinter ziviler
91 Seenotrettung steht, gerade deswegen sollten diese Forderungen verstärkt auf die
92 Tagesordnung gesetzt werden. Dies ergab eine Befragung der ARD. In der gleichen Befragung
93 gab die Mehrheit an, dass die Entscheidung der EU, Seenotrettung auszusetzen die falsche

94 gewesen sei. Diese Maßnahmen sehen wir als unabdingbar, um den humanitären Zielen der
95 SPD gerecht zu werden.

96

97

98

99

100

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

<u>Antrag:</u>	K 01
<u>Antragsteller:</u>	AG 60plus-Bezirkskonferenz
<u>Adressat:</u>	SPD-Landtagsfraktion
<u>Betr.:</u>	Adäquate Betreuung von Seniorinnen und Senioren durch die hessischen Kommunen

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1 Die SPD-Fraktion im hessischen Landtag wird aufgefordert, als Konsequenz des von ihr
2 vorgelegten Papiers: „Konzept einer solidarischen Politik mit und für Seniorinnen und Senioren
3 in Hessen“ sich nachdrücklich für eine Ergänzung der HGO einzusetzen. Diese Ergänzung
4 muss die Verpflichtung enthalten, dass jede Kommune eine Einrichtung zur adäquaten
5 Betreuung von Seniorinnen und Senioren, die die Forderungen des vorgelegten Papiers
6 abdeckt, nachweist. Diese müssen für kleinere und kleine Kommunen nicht notwendiger Weise
7 die Strukturen der bekannten Seniorenbeiräte aufweisen.

8
9 **Begründung:**

10 Die AG 60plus begrüßt die Vorlage der SPD-Fraktion „Konzept einer solidarischen Politik mit
11 und für Seniorinnen und Senioren in Hessen“ und die in diesem Papier definierten
12 Bedarfsebenen, in denen die kommunale Fürsorge ansetzen muss. De facto ist es aber bisher
13 nur ein weiteres Papier unter den zahlreichen Papieren, die zu dem Thema bereits geschrieben
14 wurden, ohne dass die kommunale Senioren*innen-Betreuung grundlegend und mit der
15 erforderlichen Verpflichtung geregelt wurde, wobei die Relevanz des Themas von niemandem
16 ernsthaft bestritten wird.

17
18 Mehrfach ist der Wunsch an die Landesregierung herangetragen worden, die Einrichtung von
19 Seniorenbeiräten in jeder Kommune in der HGO zu verankern und somit verbindlich zu machen.
20 Seniorenbeiräte haben sich in größeren Kommunen, Städten und Landkreisen bewährt.
21 Kleinere Kommunen sind mit der Forderung Seniorenbeiräte zu wählen oftmals überfordert, weil
22 sie keine oder zu wenige Bewerber für einen Seniorenbeirat finden.

23
24 Wichtig ist uns, dass die Interessen der Senioren und Seniorinnen durch geeignete Strukturen
25 in jeder Kommune, im Sinne des von der SPD-Fraktion des Landtages erarbeiteten Papiers
26 verpflichtend in der HGO berücksichtigt werden.

27
28 **Dazu ist es erforderlich:**

- 29
30 1. Dass die Größe, ab der die Einrichtung eines Seniorenbeirates verpflichtend ist,
31 definiert wird.
32 2. Dass es Kommunen, die diese definierte Größe unterschreiten, überlassen bleibt,
33 unter Berücksichtigung ihrer individuellen vorhandenen Sozialstrukturen, eine
34 Interessenvertretung der Seniorinnen und Senioren einzurichten. Diese Aufgabe
35 kann im Extremfall durch einen Beauftragten wahrgenommen werden.

36 Entscheidend ist, dass diese Einrichtungen bzw. der/die Beauftragte unabhängig von den
37 politischen Instanzen der Kommune sind und die selben Kompetenzen wie die Seniorenbeiräte
38 erhalten. Das heißt, sie müssen bei jeder Maßnahme, die eine Relevanz für die älteren
39 Mitbürger haben könnte, hinzugezogen werden und sie haben ein Vorschlagsrecht. Sie müssen
40 von den politischen Instanzen bei eigenen Initiativen angehört werden.

41
42 Um diesbezüglich wirklichen Fortschritt zu erreichen, ist es notwendig, dass jede Kommune
43 verpflichtet wird ihre Problemlösung zu melden und zur Begutachtung vorzustellen. Mit dieser
44 Kontrollfunktion könnte z.B. die Landesseniorenvertretung Hessen e.V. beauftragt werden.

45

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

<u>Antrag:</u>	K 02
<u>Antragsteller:</u>	Migration und Vielfalt - Bezirkskonferenz
<u>Adressat:</u>	SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bürgermeister*innen in Hessen-Nord, SPD-Landräte in der Region, SPD-Fraktionen in den Kommunen und Landkreisen
<u>Betr.:</u>	Stärkung der Integrationsarbeit im ländlichen Raum

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Die SPD setzt sich für die Stärkung der Integrationsarbeit in ländlichen Regionen ein.
- 2 Bestehende Förderprogramme sollen auf ihre Affinität für ländlich geprägte Landkreise geprüft
- 3 und entsprechend angepasst werden. Es sollen Fördermöglichkeiten speziell für diese Räume
- 4 ermöglicht und in Zusammenarbeit und unter Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten mit
- 5 kommunalen Vertreter*innen aufgestellt werden.
- 6
- 7 Die Integration von ausländischen Menschen und Diversitätspolitik soll grundsätzlich zur
- 8 Pflichtaufgabe der Kommunen werden.
- 9
- 10 Wir fordern alle gewählten sozialdemokratischen Funktionsträger*innen auf kommunaler Ebene
- 11 auf, an regelmäßigen fachbezogenen Workshops teilzunehmen. Zur Umsetzung werden die
- 12 zuständigen Unterbezirke und Fraktionen aufgefordert.
- 13
- 14 **Begründung:**
- 15
- 16 Integration findet vor Ort statt. Diese Feststellung ist nahezu so alt, wie die sogenannten
- 17 Migrationsbewegungen selbst. Vor Ort bedeutet: In den Städten und Gemeinden im gesamten
- 18 Gebiet der Bundesrepublik. Dabei lässt sich ein klarer Unterschied zwischen Integration in
- 19 Urbanen und ländlichen Regionen beobachten. Getragen durch starke migrantische Vereine
- 20 und Gruppierungen, gut aufgestellten Ausländerbeirat*innen oder einer starken studentischen
- 21 Bewegung müssen sich Politik sowie politisch verantwortliche Personen in Großstädten und
- 22 Ballungszentren mit dem Thema Integration zwangsläufig auseinandersetzen. In eher ländlich
- 23 geprägten Regionen sind genau diese Faktoren meist eher schwach oder existieren
- 24 grundsätzlich nicht.
- 25
- 26 So geht es beispielsweise in der Kommunalpolitik in ländlich geprägten Regionen wenig um
- 27 Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Fokus ländlich geprägten Kommunen liegt
- 28 beispielsweise häufig auf Themen, wie der Sanierung von Kreis- und Gemeindestraßen,
- 29 landwirtschaftlichen Infrastrukturen, dem Verwalten und Vermarkten von Waldbeständen sowie
- 30 dem Betreiben und Instandhalten eigener Gebäude. All das sind plakative, praktische und klar
- 31 definierte Bereiche, in denen pragmatische Lösungsansätze gefragt sind. Integrationsarbeit
- 32 jedoch ist kein klar definierter und in einem Organigramm abbildbarer Arbeitsbereich.
- 33 Integration ist ein Querschnittsthema. Das führt beispielsweise dazu, dass sich auf kommunaler
- 34 Ebene nicht tiefergehend mit dem Thema beschäftigt wird und so zahlreiche Chancen und

35 Potentiale nicht genutzt werden. In der öffentlichen Wahrnehmung wird das Thema Integration
36 auf Bundesebene geführt. Dabei sind es letztendlich die Länder und vor allem die Kommunen,
37 welche die konkrete und praktische Umsetzung der breit gefächerten Debatte um Migration und
38 Integration übernehmen müssen. Hierzu fehlen leider, wie bereits genannt, oftmals sowohl die
39 Mittel als auch die kommunalpolitische Priorisierung der Thematik. Ebenfalls benachteiligend
40 wirken sich Programme aus Bundes- und Landesmitteln aus, die nicht nur zeitlich begrenzt,
41 sondern zudem auch jegliche Gegebenheiten ländlich geprägter Regionen außer Acht lassen.
42 Programme, die in Großstädten und Ballungszentren entwickelt werden, können ohne die
43 Beteiligung ländlich geprägter Regionen nicht ihre volle Effektivität entfalten.

44
45 Weiterhin problematisch ist die Situation migrantischer Organisationen in ländlich geprägten
46 Regionen. Sie fehlen teils in Gänze oder berufen sich auf rein religiöse Inhalte. Der dadurch
47 fehlende Druck auf Politik und Entscheidungsträger*innen relativiert die tatsächliche
48 Notwendigkeit der Thematik mehr politische Relevanz zuzusprechen.

49
50 Als Sozialdemokrat*innen ist es unsere Pflicht, Integration und die damit verbundene Teilhabe
51 an bestehenden gesellschaftlichen Strukturen, unabhängig des Wohnortes und/oder der
52 infrastrukturellen Gegebenheiten vor Ort, zu ermöglichen. Soziale Integrationspolitik sollte vor
53 allem dadurch geprägt sein, dass sie keine Unterschiede zwischen Stadt und Land macht und
54 gemeinsam mit kommunalen Verwaltungen auf Augenhöhe die nötigen Maßnahmen ergreift.

55

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf

Antrag: K 03

Antragsteller: Migration und Vielfalt - Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion; SPD-Fraktionen in den Kommunen und Landkreisen, SPD-Mitglieder in Landtag, SPD-Bundestagsfraktion, Bundesregierung, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Hesse ist, wer Hesse sein will - Neuer Schwung für das Kommunale Wahlrecht für Alle

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1 Unsere kommunalen Parlamente und die Gemeindevertretungen sind die Herzkammer unserer
2 Demokratie. Die demokratischen Grundwerte und Freiheiten unseres Landes werden dort seit
3 Generationen im Kleinen und im Großen gelebt. Leider ist auch im Jahr 2022 ein großer Teil
4 unserer Mitbürger*innen, der seit vielen Jahren und Jahrzehnten mit uns lebt von der direkten
5 Beteiligung an diesen Parlamenten ausgeschlossen, weil sie keinen deutschen oder EU-Pass
6 besitzen.
7 Seit Jahren fordert die SPD eine Einführung des aktiven und passiven Kommunalwahlrechts für
8 alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt langfristig in Deutschland haben nur leider gibt es
9 an dieser Stelle seit Jahren keine Bewegung. Sowohl das in den vergangenen Legislaturen
10 unionsgeführte Bundesinnenministerium, als auch die tatenlose schwarz-grüne
11 Landesregierung in Hessen, haben jeglichen Schritt in Richtung der demokratischen Teilhabe
12 von ausländischen Staatsbürger*innen boykottiert. Wir fordern deshalb einen neuen Schwung
13 in Bund und Land für die Einführung des Kommunalwahlrechts für Drittstaaten-Angehörige mit
14 ihrem Lebensmittelpunkt in hessischen und deutschen Städten und Gemeinden
15 Wir fordern den bundesweiten sozialdemokratischen Einsatz für eine Bundesratsinitiative zur
16 Änderung des Grundgesetzes, die die Einführung des Kommunalwahlrechts für Nicht-EU-
17 Ausländer*innen ermöglichen soll. In einem zweiten Schritt fordern wir die Initiative zur
18 Änderung der (hessischen) Landesverfassung(-en), damit sogenannten Drittstaatsangehörigen
19 ein umfassendes kommunales Wahlrecht ermöglicht wird.
20 An unsere Bundestagsabgeordneten und Mitglieder der Bundesregierung appellieren wir sich
21 auch im Bundestag und im Kabinett für die Einführung des Kommunalwahlrechts noch in dieser
22 Bundestags-Legislatur einzusetzen.

23
24 Begründung:

25
26 Erfolg mündlich!

- 27
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: JBK 02

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Digital begleitete Lehre – Für eine inklusive Hochschule

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

- 1
2 Digitale Formate universitärer Lehrveranstaltungen bieten neue Teilhabechancen vor allem für
3 Student:innen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen.
4
- 5 Wir fordern:
- 6 1. Eine barrierefreie Digitalisierung im Hochschulbereich dauerhaft zu festigen und zu
7 stärken.
 - 8 2. Eine digitale Begleitung von Vorlesungen sowie digitale Formate für Seminare und
9 Übungen durchzusetzen, um universitäre Lehre für Alle zu ermöglichen.
 - 10 3. Dafür müssen Lehrende gezielt Unterstützung erhalten. In allen Fachbereichen sollen
11 dafür notwendige personelle und technische Kapazitäten und Ausbildung bereitgestellt
12 werden.
 - 13 4. Barrierefreiheit muss dennoch auch an und in den Gebäuden bereitgestellt werden,
14 damit alle Studierenden die freie Wahl haben, ob sie digital oder in Präsenz an
15 Seminaren oder Vorlesungen teilnehmen wollen. Barrierearmut muss alle Bereiche der
16 Lehre betreffen.
- 17 Wir fordern die hessische Landesregierung und die Bundesregierung dazu auf, die nötigen
18 finanziellen Mittel bereitzustellen, damit die Universitäten in die Lage versetzt werden, diese
19 Maßnahmen umzusetzen.
20
21
- 22 Begründung:
- 23
- 24 Universitäten sind Orte voller Barrieren. Alleine schon die bauliche Gestaltung vieler
25 universitärer Gebäude macht Student:innen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen
26 den Besuch von Vorlesungen und Seminaren unmöglich. So sind beispielsweise viele
27 Hochschulgebäude nur über Treppen zu erreichen und es fehlen Leitungssysteme für blinde
28 und sehbehinderte Studierende. Ebenso fehlt eine geeignete Ausstattung um schwerhörigen
29 Studierenden die Teilnahme zu erleichtern. Hinzu kommen Anwesenheitspflicht und fehlende
30 Flexibilität von Professor:innen, Dozent:innen und anderen Mitarbeiter:innen, welche ein
31 Studium für Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung weiter erschwert.
32 Eine digitale Übertragung von Vorlesung stellt keinen Mehraufwand da. Den Studierenden steht
33 es frei, ob sie Zuhause digital oder vor Ort in Präsenz teilnehmen möchten. Student:innen mit
34 chronischen Erkrankungen oder Behinderungen wird dadurch ermöglicht, auch an schlechten
35 Tagen teilnehmen zu können. Außerdem entfällt der Weg zur Hochschule, wodurch Energie
36 und Zeit gespart werden kann.
37

38 Gleiches gilt für Seminare und Übungen. Wenn möglich, sollte eine digitale Übertragung
39 angeboten werden. Wenn die Studiums-Gestaltung dies nicht ermöglicht, könnte je
40 Studiengang ein Teil der Übungen, Seminare etc. digital angeboten werden. Entsprechende
41 Gestaltungsmöglichkeiten konnten und mussten in den vergangenen Semestern erprobt
42 werden und sollten für die Zukunft angepasst und verbessert werden.
43 Eine solche digitalisierte, inklusive Hochschule nutzt allen. So könnten digitale Formate dabei
44 helfen, Universitäten familienfreundlicher zu machen. Schwangere Studentinnen oder
45 Studierende mit kleinen Kindern würden ebenso von digitalen Angeboten profitieren wie die
46 Angestellten der Hochschulen in vergleichbaren Lebenssituationen.
47
48 Hierbei sollte allerdings stets die barrierefreie Gestaltung der digitalen Angebote im
49 Vordergrund stehen. So müssen beispielsweise genutzte Internetseiten sowie Portale
50 barrierefrei zugänglich und über Vorleseprogramme abrufbar sein. Videos sollten mit Untertiteln
51 versehen werden.
52
53 Auch in der Präsenzlehre können von einer Digitalisierung der Lehre Alle profitieren. So wäre
54 es beispielsweise möglich, Vorlesungsfolien und Skripte während der Vorlesung digital zur
55 Verfügung zu stellen. Dadurch können alle Teilnehmer:innen der Vorlesung auf ihrem Endgerät
56 folgen. Auch dies bietet neue Chancen für Student:innen mit chronischen Erkrankungen und
57 Behinderungen.

58
59
60 Weiterführende Informationen:

61 <https://dieneuenorm.de/kolumne/chancen-risiken-digitalisierung-behinderung/>

62 [https://www.vdk.de/bayern/pages/presse/vdk-zeitung/vdk-](https://www.vdk.de/bayern/pages/presse/vdk-zeitung/vdk-zeitung_archiv/74698/chancen_und_risiken_der_digitalisierung?dsc=essenc)

63 [zeitung_archiv/74698/chancen_und_risiken_der_digitalisierung?dsc=essenc](https://www.vdk.de/bayern/pages/presse/vdk-zeitung/vdk-zeitung_archiv/74698/chancen_und_risiken_der_digitalisierung?dsc=essenc)

64 [https://hochschulforumdigitalisierung.de/de/blog/inklusion-und-digitalisierung-der-](https://hochschulforumdigitalisierung.de/de/blog/inklusion-und-digitalisierung-der-hochschulbildung)

65 [hochschulbildung](https://hochschulforumdigitalisierung.de/de/blog/inklusion-und-digitalisierung-der-hochschulbildung)

66 [https://www.tu-chemnitz.de/tu/bfau/documents/corona/Barrierefreie_digitale_Lehre-](https://www.tu-chemnitz.de/tu/bfau/documents/corona/Barrierefreie_digitale_Lehre-Inklusionsperspektive.pdf)

67 [Inklusionsperspektive.pdf](https://www.tu-chemnitz.de/tu/bfau/documents/corona/Barrierefreie_digitale_Lehre-Inklusionsperspektive.pdf)

68

69

70

71

72

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: JBK 03

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Antragssteller zieht Antrag zurück mit der Bitte um Einholung Bericht BT-Fraktion

Betr.: Promovieren ermöglichen

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1
2 Wir fordern BAföG auch für Promotionsstudierende. Jede*r sollte den akademischen Weg so
3 weit gehen wie er*sie es möchte. Des Weiteren sollten Promotionsstudierende ohne abhängige
4 Beschäftigung auch in der studentischen Krankenversicherung im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 9
5 SGB V versichert werden.

6
7
8 **Begründung:**

9
10 Wenn Studienabsolvent*innen den Wunsch hegen zu promovieren, sollte dies nicht von der
11 Finanzierungsmöglichkeit abhängig sein. Bildung hört nicht nach dem Masterabschluss auf.
12 Es bekommt nicht jede/r Doktorand/In eine Lehrstätte, ein Stipendium oder die finanzielle
13 Unterstützung von der Familie.
14 Auch Doktorand/Innen haben Lebenserhaltungskosten. Von Lebensmitteln bis
15 Krankenkassenbeiträgen müssen sie alles Zahlen, doch wie soll das gewährleistet sein, wenn
16 Promotionsstudenten/Promotionsstudentinnen keine Finanzierung haben. Nicht jede/r hat die
17 finanzielle Unterstützung der Familie, wenn sie/er über 25 Jahre alt ist auch kein Kindergeld und
18 ein Minijob ist bei der Forschungsarbeit an der Universität kaum machbar. Deswegen BAföG
19 auch für Doktoranden/Doktorandinnen.

20
21
22

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: JBK 04
Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz
Adressat: SPD-Bundesparteitag
Betr.: Bezahlbare Nachhilfe für alle

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1
2 Wir fordern eine unbürokratische Kostenübernahme seitens des Bundes von Nachhilfestunden
3 bei Schülerinnen und Schülern, deren Eltern Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe,
4 Wohngeld oder einen Kinderzuschlag erhalten. Dabei sollen die bisherigen Voraussetzungen
5 für eine Kostenübernahme wegfallen.
6

7
8 Begründung:
9

10 Die Bildung der Kinder sollte nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Doch im Bereich
11 der Nachhilfe ist dies teilweise der Fall. Kinder, deren Eltern Arbeitslosengeld II, Sozialgeld,
12 Sozialhilfe, Wohngeld oder einen Kinderzuschlag erhalten, müssen gewisse Voraussetzungen
13 erfüllen, um die Kostenübernahme der Nachhilfestunden genehmigt zu bekommen. So muss
14 zum einen die jeweilige Schule einen Nachhilfebedarf bescheinigen, zum andern muss die
15 Versetzung gefährdet sein. Ein Anspruch besteht nicht, wenn die Note „lediglich aufgebessert“
16 werden soll. Kinder, deren Eltern sich die Nachhilfe aus eigener Tasche leisten können, haben
17 diese Möglichkeit. Deswegen bedarf es einer unbürokratischen Kostenübernahme unter keiner
18 der oben genannten Voraussetzungen.
19

- 20
21
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: JBK 05

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Digital Streetwork in Hessen – Sozialarbeit, wo sie benötigt wird

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1
2 Die hessische SPD-Landtagsfraktion soll sich für die Entwicklung und Umsetzung eines
3 Angebots im Bereich Digital Streetwork für Jugendliche und junge Erwachsene in Hessen
4 einsetzen. Da Aufsuchende Sozialarbeit nicht immer vor Ort analog verfügbar ist oder durch
5 lange Anfahrtswege erschwert ist, unterliegen die Möglichkeiten Aufsuchender Sozialarbeit
6 einer Verknappung, dadurch haben es junge Jugendliche und Erwachsene schwerer Zugang zu
7 aufsuchender Sozialarbeit zu finden.
8
9 Aufsuchende Sozialarbeit soll damit nicht mehr nur analog, sondern ebenfalls digital stattfinden,
10 um jungen Menschen ein möglichst niedrigschwelliges Beratungs- und Hilfsangebot zur
11 Verfügung zu stellen. Ein vom Land gefördertes Programm „Digital Streetwork“, vorangetrieben
12 von der SPD-Landtagsfraktion mit konkreten Maßnahmen, wie Online-Sozialberatung,
13 Vermittlung von Medienkompetenzen und Telefon-Seelsorge und weiteren Maßnahmen der
14 Aufsuchenden Sozialarbeit, kann hierbei unterstützend und fördernd wirken.
15 Sowohl Jugendliche und junge Menschen mit medienpezifischen Problemen als auch mit
16 persönlichen Problemen und Belastungen sollen ein Angebot von Digital Streetwork vorfinden.
17 Damit können vielfältige Probleme junger Menschen angegangen werden, zu nennen seien hier
18 beispielsweise Internet-Mobbing, Hatespeech, rechte Propaganda und Spielsucht sowie
19 Corona-Pandemie, Klimakrise, Probleme in Familie, Freundschaft und Schule/Ausbildung/
20 Universität/Arbeit. Neben psychosozialer Beratung kann damit auch demokratiefördernde
21 Prävention im gewohnten Umfeld der sozialen Medien und des Gamings stattfinden.
22 Dennoch muss sichergestellt werden, dass die aufsuchende Sozialarbeit gewährleistet werden
23 muss.

24
25 Begründung:

26
27 Erfolgt mündlich!

28
29
30

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: JBK 06

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag

Betr.: Doppelspitze in Schulen

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Eine Doppelspitze für Schülersprecher*innen soll gemäß des Hessischen Schulgesetzes
- 2 ermöglicht werden.
- 3 Die Klassensprecher*innen sollen vor der Wahl beschließen, ob es eine Doppelspitze geben
- 4 soll oder nicht. Diese soll paritätisch besetzt werden.
- 5 Gleiches soll im entsprechenden Wortlaut für den Elternbeirat, für den Kreisschülerrat und den
- 6 Landesschülerrat gelten.

7
8

9 Begründung:

10
11 Erfolgt mündlich!

12
13
14

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: JBK 07

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag

Betr.: Kein Geschichtsunterricht ohne die erste und zweite deutsche Frauenbewegung

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1 Wir fordern die Eingliederung der deutschen Frauenbewegung als Bestandteil in den
2 hessischen Kerncurricula der Sekundarstufe I. Dafür soll die Frauenbewegung in das Inhaltsfeld
3 „Epochenbezug Neuzeit“ aufgenommen werden.
4

5
6
7

Begründung:

8

9 Ungefähr die Hälfte der deutschen Bevölkerung ist weiblich. Trotzdem wird ihre Geschichte im
10 hessischen Geschichtsunterricht nicht vermittelt, denn der Schul-Unterricht im Bereich
11 Geschichte ist immer noch sehr männerdominiert. Frauen sind ein wichtiger Bestandteil unserer
12 Geschichte und sollten als solcher auch in unserem Bildungssystem anerkannt werden. Die
13 Änderungen, die zur Zeit des Kaiserreichs aufkamen, wie beispielsweise das politische
14 Stimmrecht der Frauen, ist maßgebend für unser heutiges demokratisches Verständnis. Um der
15 Tragweite dieses Wandels genügend Bedeutung beizumessen, brauchen wir die
16 Frauenbewegung als festen Bestandteil im hessischen Schulunterricht und in den hessischen
17 Kerncurricula der Sekundarstufe I.

18 Wichtige Inhalte der Frauenbewegung stellen dabei unter anderem:

- 19 - Die Frauenvereine/Frauenerwerbsvereine/Frauenbildungsvereine
- 20 - Die Frauenerwerb zur Zeit des Kaiserreichs
- 21 - Mädchenbildung/Die preußische Mädchenschulreform
- 22 - Der Kampf um das politische Stimmrecht

23 als auch für den „Epochenbezug Neueste Zeit“ die Inhalte:

- 24 - „Wir haben abgetrieben!“-Kampagne
- 25 - Frauenhäuser gegen Gewalt in der Ehe

26 dar. Welche weiteren Inhalte aufgenommen werden können, muss unter Anbetracht der
27 weiteren Geschichtsthemen berücksichtigt werden.
28

29
30

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: JBK 08

Antragsteller: Migration u. Vielfalt-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundesparteitag,

Betr.: Angebote der beruflichen Bildung stärken!

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Die berufliche Ausbildung ist ein Schlüsselement auf dem Lebensweg junger Menschen.
2 Gleichzeitig ist das Potenzial von Migrantinnen und Migranten für die Deckung des zukünftigen
3 Fachkräftebedarfs unabdingbar. Wir wollen in Zusammenarbeit mit Betrieben und
4 außerschulischen Einrichtungen den Spracherwerb und die Angebote der beruflichen Bildung
5 stärken. Deshalb fordern wir ein mehrsprachiges und breitangelegtes Förderprogramm zur
6 langfristigen Unterstützung von Migrant*innen und Geflüchteten für den Einstieg in eine
7 Ausbildung oder einen Beruf unterstützen.
8
- 9 Begründung:
10
11 Erfolgt mündlich!
12
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: JBK 09

Antragsteller: Migration und Vielfalt - Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Einrichtung von Diversitätsbeauftragten an Hochschulen und für staatliche Schulen

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1 Für die Gestaltung gesellschaftlicher Veränderungen braucht es strukturelle Maßnahmen. Um
2 die zunehmende Vielfalt in all seinen Facetten, an (hessischen) Schulen und Universitäten
3 besser verstehen und mit Taten gestalten zu können, braucht es eine kompetente und
4 befähigte institutionelle Begleitung. Wir wollen deshalb der gelebten Vielfalt an (hessischen)
5 Bildungseinrichtungen durch Diversity Mainstreaming, Antidiskriminierungsberatung und
6 diversitätssensible Öffentlichkeitsarbeit mehr Gewicht geben. Wir setzen uns ein für die
7 Einrichtung von qualifizierten Diversitätsbeauftragten an Hochschulen und weiterführenden
8 Schulen. Wir fordern zusätzlich die Einrichtung einer Professur zur Rassismusforschung an
9 einer hessischen Universität und die Durchführung eines jährlichen Bildungsmonitorings zum
10 Rassismus im Bildungswesen.

11
12 Begründung:

13
14 Erfolgt mündlich!

- 15
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: JBK 10

Antragsteller: Migration und Vielfalt - Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion,

Betr.: Rassismus an der Wurzel bekämpfen - Kolonialismus & Anti-Rassismus in Lehrplänen verankern

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1 Wir wollen den gesellschaftlichen Rassismus an der Wurzel bekämpfen. Je früher wir uns als
2 Gesellschaft für rassistische Denkmuster und der Geschichte des Rassismus sensibilisieren,
3 desto eher können wir der Spaltung in unserem Land vorbeugen. Es ist entscheidend den
4 Rassismus hierbei in seiner historischen Kontinuität ausgehend vom europäischen
5 Kolonialreich und hin bis in seine heutigen Wirkungsformen dem strukturellem und dem
6 Alltagsrassismus zu begreifen.
7

8 Deshalb wollen wir rassismuskritische Bildungsarbeit, Demokratie-Lernen und die Aufarbeitung
9 des Kolonialismus in unseren Lehrplänen verankern und zu verpflichtenden Bestandteilen der
10 Lehrerausbildung und der Schulcurricula machen. Gleichzeitig Ist die Bundesrepublik ein Land,
11 das seit seiner Geburtsstunde von Zuwanderung geprägt ist. Deshalb soll auch die
12 wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit der jüngeren Migrationsgeschichte der BRD
13 fester Bestandteil des gesellschaftswissenschaftlichen Lehrplans werden.

14

15

16 Begründung:

17

18 Erfolg mündlich!

19

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: JBK 11

Antragsteller: Migration und Vielfalt - Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion,

Betr.: Vielfalt gestalten, Schulen stärken! - Interkulturelle Stärkung unserer Schulen

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1 Fast jedes zweite Kind unter 14 Jahren in hessischen Kitas hat ausländische Wurzeln.
2 Engagierte und kompetente Lehrkräfte spielen hierbei eine zentrale Rolle bei Fragen des
3 Bildungserfolgs von jungen Menschen. Insbesondere Schüler*innen mit Migrations- oder
4 Fluchthintergrund haben es hierbei besonders schwer auf ihrem Bildungsweg.
5
6 Wir wollen deshalb Vorbilder stärken und interkulturelle und sprachliche Kompetenzen an den
7 Schulen fördern, insbesondere durch Förderprogrammen und Kampagnen zur Gewinnung von
8 mehr Lehrkräften mit Migrationsgeschichte. Gleichzeitig ist uns klar, dass es für die großen
9 Herausforderungen in der (hessischen) Bildungslandschaft nicht reicht, die Verantwortung für
10 das Bewältigen der Veränderungen nicht alleine auf den Lehrkörper auszulagern. Es benötigt
11 ein vielschichtiges Konzept, das die Schulsozialarbeit mitdenkt und das volle Potenzial
12 ausschöpft. Deshalb fordern wir zusätzlich die Einstellung von mindestens eines*r
13 Sozialarbeiter*in zusätzlichen an jeder Schule insbesondere zur interkulturellen Vermittlung und
14 Betreuung und zur Entlastung der Lehrenden.

15
16 Begründung:

17
18 Erfolg mündlich!

19

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: JBK 12

Antragsteller: Unterbezirk Fulda

Adressat: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesvorstand

Betr.: Programm „Zukunftsfähige Berufsschule“

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, das Programm „Zukunftsfähige Berufsschule“ des
2 hessischen Kultusministeriums äußerst kritisch zu begleiten und dieses in einzelnen Punkten
3 nicht zu unterstützen und alternative Gegenvorschläge zu entwickeln.

4
5 Der SPD-Landesvorstand und der SPD-Bezirksvorstand Hessen-Nord werden aufgefordert,
6 diese Thematik im Landtagswahlprogramm aufzugreifen und entsprechend zu berücksichtigen.

7
8 **Begründung:**

9
10 Die Berufsschulen in Hessen stehen vor großen Veränderungen. Das vom hessischen
11 Kultusministerium gestartete Projekt „Zukunftsfähige Berufsschule“ sieht dabei in einem ersten
12 Schritt vor, dass die Mindestgrößen für die Klassen deutlich abgesenkt werden – das ist positiv
13 (statt bisher einheitlich 15 Schüler:innen dann 12 Schüler:innen für die Eingangsklasse, also für
14 die Azubis im 1. Lehrjahr, im 2. Ausbildungsjahr noch 9, im 3. Ausbildungsjahr 8 und im 4. noch
15 5 Schüler:innen bzw. Azubis).

16
17 Aber es soll ein Automatismus eingeführt werden: Wenn diese Mindestklassengröße zwei Mal
18 hintereinander nicht erreicht wird, darf an der Schule keine neue Klasse für den betreffenden
19 Ausbildungsberuf mehr eingerichtet werden. Das gilt dann für die Grundstufe, also für die
20 Auszubildenden im ersten Lehr-jahr, ebenso wie für die Fachstufe (zweites und drittes
21 Lehrjahr). Dieser mögliche Neuaufnahmestopp soll erst zum Schuljahr 2025/2026 gelten. Die
22 Messung möglicher Unterschreitung hat aber bereits mit dem Schuljahr 2021/2022 begonnen –
23 einem „Corona-Ausbildungsjahr“. Das heißt, haben sich für einen Beruf weniger als zwölf
24 Schüler im ersten Lehrjahr an einer Schule angemeldet (oder sinkt in einem höhere
25 Ausbildungsjahr die Anzahl der Schüler:innnen unter die o.g. Mindestgrößen, gibt es für diesen
26 Beruf die „gelbe Karte“. Danach soll es eine Bündelung der Azubis in regionalen Fachklassen,
27 in Landes- oder gar Bundesfachklassen geben.

28
29 Derzeit gibt das Land den Schulträgern, Schulen und der Wirtschaft die Gelegenheit, ein
30 Standortkonzept zu erarbeiten. Dabei sollen die Berufsschulstandorte in Hessen nach und nach
31 neu ausgerichtet werden.

32
33 Höhere Mindestgrößen für Schulklassen können in Ballungsräumen einfach erreicht werden, im
34 ländlichen Raum ist das aber deutlich schwieriger. Daher müssen für den ländlichen Raum, die
35 derzeit vom Kultusministerium angewandten Kriterien verändert bzw. flexibilisiert werden, da
36 ansonsten die duale Ausbildung für junge Menschen durch weitere Wege zur Berufsschule
37 noch unattraktiver wird. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, dass viele Auszubildende

38 zumindest am Beginn ihrer Ausbildung noch nicht über einen Führerschein bzw. ein Auto
39 verfügen und die Verbindungen zu einer weiter entfernt liegenden Berufsschule mit dem ÖPNV
40 teilweise faktisch überhaupt nicht möglich sind.

41

42 Die starre Messung einer zweimaligen Unterschreitung ist nicht zielführend, da Schülerzahlen
43 jährlichen Schwankungen unterliegen. Die Tatsache, dass mit der Messung bereits im Jahr
44 2021 begonnen wurde, ohne dass sich Verbände, Betriebe und Schulen überhaupt hierauf
45 vorbereiten konnten, ist besonders zu kritisieren und spricht wieder einmal für den schlechten
46 Stil der schwarz-grünen Landesregierung.

47

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: O 02

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Genoss*innen effektiver vor rechten
Einschüchterungsversuchen schützen

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1
2 Jeden Tag engagieren sich mutige Sozialdemokrat*innen gegen rechten Hass und rechte
3 Hetze. Wir verteidigen Grundwerte auf der Straße, im Netz, in Vereinen und Initiativen und
4 engagieren uns in Politik und Gesellschaft für Vielfalt und Akzeptanz. Sich für Grundwerte
5 einzusetzen und Gesicht und Haltung zu zeigen, wird aber zunehmend gefährlicher. Dabei sind
6 es immer noch zu wenige Menschen die sich gegen rassistische, antisemitische und
7 nationalsozialistische Propaganda einsetzen. Ein Grund dafür ist sicherlich auch die
8 verständliche Angst vor Neonazis und die Hilflosigkeit bei erlebten Gefahrensituationen.
9 Genoss*innen geraten immer häufiger ins Visier der rechten Szene. Der Diskurs im Netz
10 entgleist und es kommt vermehrt zu rechten Shitstorms, Morddrohungen gegen Aktivist*innen
11 und deren Familien, Hass-Mails und Anfeindungen und Bedrohungssituationen.

12
13 Betroffene Genoss*innen haben in diesem Fall unsere Solidarität. Aber es braucht mehr als
14 das. Betroffene von rechter Gewalt sollten bei der SPD auch immer Ansprechpartner*innen auf
15 hauptamtlicher Ebene finden. Es braucht professionelle und juristische Beratung, Unterstützung
16 im Umgang mit rechtsextremen Bedrohungen und eine Anlaufstelle, die praktische und
17 solidarische Hilfe leistet. Genoss*innen, die von rechten Einschüchterungsversuchen betroffen
18 sind, müssen wissen, dass sie beim SPD-Parteivorstand konkrete Hilfe erhalten und mit ihrer
19 Sorge nicht allein sind. Eine Anlaufstelle, die praktische Hilfe leistet und/oder an unparteiliche
20 Hilfsorganisationen, Kanzleien und Beratungsstellen vermittelt, zeigt Anteilnahme und nimmt
21 die oft erlebte Hilflosigkeit der Betroffenen.

22
23
24 Begründung:

25
26 Erfolgt mündlich!

27
28
29
30
31

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Antrag: O 03

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Kein Mitgliedsbeitrag für Minderjährige ohne eigenes Erwerbseinkommen

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1 dass Minderjährige, die über kein eigenes Erwerbseinkommen verfügen und Mitglied in der
2 Sozialdemokratischen Partei Deutschlands werden wollen bzw. Mitglieder der
3 Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind, keinen monatlichen Mitgliedsbeitrag entrichten
4 müssen.

5
6
7

Begründung:

8
9 Die Demokratie ist ein wichtiges und schützenswertes Gut. Damit die uns wichtigen Werte auch
10 von zukünftigen Generationen weitergelebt werden, ist es unabdingbar, die Jugend für unsere
11 Partei zu gewinnen. Dazu ist es selbstverständlich erforderlich, ein attraktives und
12 ansprechendes Angebot zur Mitarbeit zu gestalten, aber gleichzeitig sollten die Einstiegshürden
13 so gering wie möglich liegen.

14
15
16
17
18

Laut parteieigenen Angaben lag das Durchschnittsalter der über 400.000 Mitglieder zum
31.12.2018 bei 60 Jahren. Nur 13 Prozent sind demnach jünger als 35 Jahre, 56 Prozent aber
sind 60 Jahr und älter. Diese Statistik führt uns deutlich vor Augen, dass es uns zunehmend
schwerfällt, die junge Generation für unsere Partei zu gewinnen.

19
20
21
22
23
24
25

Aus unserer Sicht stellt der monatliche Mitgliedsbeitrag eine solche, oben beschriebene,
Einstiegshürde dar.

26
27
28
29
30

Zum besseren Verständnis sollten wir uns die Lage eines 14-jährigen Teenagers mit dem
Interesse einer aktiven Mitarbeit in der Partei versetzen. Für ihn bedeutet die jetzige, in der
Finanzordnung unter §1 Abs. 5, festgelegte Regelung, dass er von seinem Taschengeld –
sofern er überhaupt Taschengeld erhält – mindestens 2,50 € pro Monat an die Partei als
Mitgliedsbeitrag entrichten muss.

31
32
33
34
35

Auf Basis der Empfehlung der Jugendämter und des Deutschen Jugendinstituts, die bei 14-
jährigen Teenagern ein maximales Taschengeld i. V. v. 30,50 € als angemessen erachten,
bedeutet dies für das Mitglied, dass es 8,2 % seines Taschengeldes an die Partei abführen
muss. Für einen Jugendlichen ist dies viel Geld.

36
37
38
39
40

Zum Vergleich sei ein Mitglied mit einem monatlichen Nettoeinkommen i. H. v. 1.200,00 €
betrachtet, das den satzungsgemäßen monatlichen Betrag i. H. v. 8,00 € zahlt. Nach der
Regelung, die ab dem 01. Juli 2020 in Kraft tritt, beträgt sein Beitragssatz lediglich 0,67 %.
Sodann lässt sich festhalten, dass die aktuelle Regelung nicht nur eine Einstiegshürde darstellt,
sondern auch gegen das solidarische Prinzip der Mitgliederbeitragsgestaltung verstößt.

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf

Initiativantrag: I 01

Antragsteller: Jusos

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Femizide endlich benennen und wirksam bekämpfen!

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

- 1
- 2 Jeden dritten Tag wird eine Frau in Deutschland von ihrem Ehepartner, Lebensgefährten oder
- 3 Ex-Partner getötet. Dieser Zustand geht auf ein strukturelles Problem in unserer Gesellschaft
- 4 zurück, welches darin besteht, dass wir Gewalt gegen Frauen in Deutschland nicht konsequent
- 5 genug bekämpfen.
- 6
- 7 Dieses Problem zieht sich durch alle Regionen Deutschlands sowie durch alle sozialen Milieus.
- 8 Laut der kriminalstatistischen Auswertung des BKA wurden 2020 132 Frauen von ihrem (Ex-)
- 9 Partner getötet. Fast die Hälfte der Opfer waren Ehepartnerinnen.
- 10
- 11 Diesen Monat wurde im Schwalm-Eder-Kreis in Treysa eine Frau durch ihren Ex-Partner in
- 12 einem Lebensmittelmarkt durch vier Schüsse ermordet, bevor dieser sich selbst erschoss. Wir,
- 13 der SPD-Bezirk Hessen-Nord, verurteilt diese Tat zutiefst. Wir stellen fest, dass es sich bei
- 14 dieser Tat um einen **Femizid** handelt. Diese Tat muss auch als solche benannt werden.
- 15
- 16 Unter einem Femizid versteht man eine vorsätzliche Tötung an Frauen, weil sie Frauen sind.
- 17 Femizide unterscheiden sich von männlichen Tötungsdelikten in strukturellen Punkten.
- 18 Femizide werden von Ex-Partnern begangen und beinhalten ständigen Missbrauch, Drohungen
- 19 oder Einschüchterungen, sexuelle Gewalt oder Situationen, in denen Frauen weniger Macht
- 20 oder Ressourcen als ihr Partner haben.
- 21
- 22 Wir müssen betroffene Frauen stärker vor Femiziden schützen. Das geht nur, wenn wir die
- 23 Gewalt gegen Frauen endlich beenden.
- 24
- 25 Deshalb fordern wir:
- 26
- 27 • Tötung von Mädchen und Frauen aufgrund ihres Geschlechts als Femizid
 - 28 anzuerkennen.
 - 29 • Das Thema der Femizide und besonders die Aufklärung über Gewalt in engen sozialen
 - 30 Beziehungen muss stärker in das öffentliche Bewusstsein gerückt werden. Daher sollen
 - 31 Kampagnen und Programme zur öffentlichen Bewusstseinsbildung stärker gefördert
 - 32 werden.

- 33 • Femizide entstehen oft im Rahmen des Sorge- und Umgangsrecht. Frauen und Kinder
34 müssen aktiv geschützt werden. Daher fordern wir Gewaltschutz, Kinderschutz und
35 Strafrecht zu synchronisieren.
- 36 • Es muss darauf hingewirkt werden, dass Tötungsdelikte an Mädchen und Frauen
37 grundsätzlich schärfer bestraft werden können als bisher gegeben. Dies muss als
38 zusätzlicher Strafzumessungsgesichtspunkt im Rahmen des § 46 Abs. 2 S. 2 StGB
39 aufgenommen werden.
- 40 • Wir müssen Frauen und Kinder stärker vor Gewalt schützen. Es braucht endlich einen
41 Ausbau der Frauenhausplätze. Wo Bund- und Land die finanzielle Unterstützung nicht
42 gewährleisten kann, muss die Kommune einspringen und Räumlichkeiten zur Verfügung
43 stellen.
- 44 • Es braucht einen starken Ausbau der Beratungsstellen auf kommunaler Ebene.
- 45 • Deutschland braucht ein flächendeckendes Hochrisikomanagement in Bezug auf Gewalt
46 in engen sozialen Beziehungen. Bisher unterscheidet sich das Vorgehen im
47 Hochrisikomanagement in den Bundesländern gravierend, obwohl das Themengebiet
48 ausreichend evaluiert ist. Das Bundesinnenministerium muss sich dem annehmen. Es
49 gilt das Hochrisikomanagement zu vereinheitlichen und anzupassen.
- 50 • Opferschutz muss die oberste Priorität sein. Es braucht aber auch deutlich mehr
51 Therapie, Programme und Sozialarbeit mit den Täter*innen, die Gewalt in engen
52 sozialen Beziehungen ausüben.
- 53 • Um Femiziden stärker entgegenwirken zu können braucht es eine empirische
54 Aufarbeitung. Deshalb soll Forschungsarbeit im Bereich der Femizide und der Gewalt in
55 engen sozialen Beziehungen gefördert und ausgebaut werden. Auch eine bundesweite
56 repräsentative Studie zu Femiziden in Deutschland ist dringend notwendig.

57

58 Begründung:

59 Wenige Wochen sind nach dem Mord im Lebensmittelmarkt im Schwalm-Eder-Kreis in Treysa
60 vergangen. Es handelt sich um einen Femizid, der auch sehr deutlich so benannt werden muss.
61 Die Sozialdemokratie steht für die Gleichstellung der Geschlechter. Umso wichtiger muss es
62 sein, ein deutliches Zeichen zu setzen, dass die patriarchale Gewalt an Frauen keinen Platz in
63 unserer Gesellschaft hat.

64

65

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Juni 2022
Stadtallendorf**

Initiativantrag: I 02 – Resolution UKGM

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesparteitag,
Landesregierung Hessen

Betr.: UKGM zurück in die öffentliche Hand – Solidarität mit den
Beschäftigten und Patient:innen am Universitätsklinikum
Gießen-Marburg

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1 Wir sind überzeugt, dass die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg durch die
2 CDU-geführte Landesregierung ein großer Fehler war, ist und auch bleiben wird. Die von den
3 CDU-Ministerpräsidenten Koch und Bouffier verfolgte und von den hessischen Grünen
4 mitgetragene UKGM-Politik erlitt jüngst, mit der Aufkündigung der Vereinbarung durch das Rhön-
5 Klinikum, eine weitere fatale Niederlage. Für uns gehört die Gesundheitsversorgung in öffentliche
6 Hand, um zu gewährleisten, dass diese nicht marktwirtschaftlichen Interessen untergeordnet
7 wird. Gesundheit ist für uns Sozialdemokrat*innen keine Ware und darf nicht der
8 Gewinnmaximierung dienen.

9 Wir fordern die Landesregierung auf alle Möglichkeiten der Rücküberführung des UKGMs in
10 öffentliches Eigentum zu prüfen. Ein juristisches Gutachten aus dem Jahr 2021 hat gezeigt, dass
11 dies rechtlich möglich ist. Wir solidarisieren uns mit den gewerkschaftlichen Forderungen der
12 Beschäftigten und wollen, wenn sich eine realisierbare Möglichkeit für einen Eigentümerwechsel
13 ergibt, dass der Rückkauf bzw. die Rückführung des UKGMs in öffentliches Eigentum verhandelt
14 wird.

15 Bereits vor Beginn der Corona-Pandemie war die Lage am UKGM äußerst kritisch. Die
16 Beschäftigten am UKGM haben die Landesregierung immer wieder auf den Personalmangel, den
17 Überstundenstand und die Überlastung aufmerksam gemacht. Diese Sorgen und Ängste müssen
18 von Seiten der Landesregierung ernst genommen werden. Gerade in den vergangenen
19 Pandemie-Jahren wurde viel über Wertschätzung für die Beschäftigten im Gesundheitsbereich
20 gesprochen. Doch eine drohende Auslagerung ihrer Arbeitsplätze in Tochterfirmen ohne
21 Tarifvertrag ist kein Zeichen der Wertschätzung. Es zeigt nur die wahre Absicht der Klinikbetreiber
22 Rhön AG und Asklepios, mit der Aufkündigung der Vereinbarung Maximalpositionen durchsetzen
23 zu wollen, deren einziges Ziel ist, die Rendite des Unternehmens und die Dividenden der
24 Aktionäre zu steigern.

25 Auf das Pflegepersonal können wir uns verlassen. Die Landesregierung muss dafür Sorge tragen,
26 dass sich die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten am UKGM deutlich und dauerhaft
27 verbessern. Denn gute Arbeitsbedingungen der Belegschaft unterstützen folglich eine gute
28 Gesundheitsversorgung der Patientinnen und Patienten. Auch in ihrem Interesse muss hier
29 dringend gehandelt werden. Wir solidarisieren uns mit den Beschäftigten sowie Patientinnen und
30 Patienten des UKGM.

31 Es ist nicht nachvollziehbar, warum der damalige Ministerpräsident Volker Bouffier und die
32 Wissenschaftsministerin Angela Dorn im Februar noch erklärten, dass die Verhandlungen auf
33 einem guten Weg seien, aber das Rhön-Klinikum inzwischen die Vereinbarung aufgekündigt hat.
34 Dieses Zukunftspapier enthielt eine Vereinbarung zur Trennungsrechnung, die Kündigungen und
35 Outsourcing verhindert hätte. Sie wäre also dringend notwendig.

36 Die Landesregierung ist in der Verantwortung, einen Plan für die Zukunft aufzustellen und muss
37 sich dafür einsetzen, dass die Missstände sofort abgestellt werden. Wenn Schwarz-Grün jetzt
38 keine Kehrtwende in ihrer Gesundheitspolitik hinlegt, und sich endlich und eindeutig für die
39 Beschäftigten, deren Arbeitsplatzsicherheit, für bessere Arbeitsbedingungen und gute
40 Gesundheitsversorgung der Patientinnen und Patienten einsetzt, werden unsere Sorgen um das
41 UKGM und die Gesundheitsversorgung der Region bestehen bleiben, unser Einsatz weiterhin
42 notwendig sein und mit Nachdruck erfolgen.
43 Gemeinsam für unser Klinikum!

44

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an